

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Donnerstag, den 26. März 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reichsgesetzliche Regelung des Gesinderechtes.

II. (Schluß.)

Das Reichsgericht greift also schon heute in sehr wesentliche Rechtsbeziehungen zwischen Dienstherrschaft und Gesinde ein. Es ist deshalb geradezu absurd, gegen die erstrebte reichsgesetzliche Regelung des Gesinderechtes immer noch mit der alten Einwendung zu kommen, sie sei unausführbar. Freilich ist die Zahl der Gesindeordnungen im Deutschen Reich eine überaus große. Deutschland hat nicht weniger als 60 Gesinderechtsgebiete, aber gerade diese schauerhafte Rechts-Zersplitterung in Verbindung mit der kulturellen und humanitären Rücksichtslosigkeit des Gesinderechtes, gebietet zwingend die reichsgesetzliche Regelung. Wenn es sich handelt um die Vereinheitlichung des Rechtes, so kann und darf eine Verschiedenheit der Verhältnisse und Gewohnheiten nicht in Betracht gezogen werden. An solche Rücksichten, die für jedes Rechtsgebiet geltend gemacht werden können, hat sich die Reichsgesetzgebung im übrigen niemals gehalten, konnte sich auch gar nicht daran halten, weil es andernfalls niemals zu einer Rechtseinheit gekommen wäre. Zudem kommt hier besonders in Betracht, daß der weitaus größte Teil der bestehenden Gesindeordnung aus einer Zeit stammt, deren wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse und Rechtsanschauungen grundverschieden sind von denen der Gegenwart. Die Vielheit der Gesindeordnungen ist genau so wie die rechtlich überwundene Vielheit der Strafgesetze und bürgerlichen Rechtsanschauungen nicht das Ergebnis eines auf besonderen Verhältnissen beruhenden Bedürfnisses, sondern eine Folge des politischen Zustandes Deutschlands zur Zeit ihres Erlasses, eines Zustandes der Zerrissenheit. Es fehlte die Instanz für eine einheitliche deutsche Gesetzgebung. Diese Instanz aber besteht jetzt seit dem Jahre 1871. Wir haben eine Reichsgesetzgebung, die sich auf die Dauer der Aufgabe, auch das Gesinderecht einheitlich zu regeln, nicht wird entziehen können. Nicht lange mehr werden die reaktionären Elemente das Ausnahmerecht gegen das Gesetz in die, das aus der „guten alten Zeit“ überliefert worden ist, zu behaupten vermögen.

Der gegenwärtige Zustand auf dem Gebiet des Gesinderechtes bringt es mit sich, daß ein genauer und zeitangrenzter Begriff des Gesindes nicht existiert. Die Frage, wer heute zum Gesinde gehört, ist eine unentschiedene. Im allgemeinen ist für den Begriff die geschichtliche Entwicklung des Gesinderechtes maßgebend. Man hat für den Gesindevertrag u. a. als Merkmal aufgestellt, daß der Dienstherr in die Hausgemeinschaft der Herrschaft aufgenommen wird und innerhalb dieser Gemeinschaft seine Dienste in herkömmlicher Weise zu verrichten hat. Mit dieser Gemeinschaft ist der Dienstherr einer Herrschaftsgewalt des Dienstherrn unterworfen. Einige Gesindeordnungen sprechen es ausdrücklich aus, daß der Gesindevertrag ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis begründet.

Aber diesen allgemeinen Merkmalen hat Gewohnheit und Herrschaftsanmaßung, sowie dieser folgend auch die Gesetzgebung und Rechtsprechung noch andere hinzugefügt. Wir finden in den Gesindeordnungen die Bestimmung, daß das Gesinde „häusliche und wirtschaftliche Dienste, je nach der Forderung der Herrschaft zu verrichten habe“. Unter diesen „wirtschaftlichen Diensten“ sind nur landwirtschaftliche zu verstehen. Auf diese Weise hat man es fertig gebracht, die landlichen Arbeiter in den Begriff des Gesindes einzuzwängen. Man machte geltend, daß bei der Landwirtschaft Hausstand und Wirtschaftsbetrieb nach ihrer Wesenheit und nach fortlebender Anschauung des Volkes zusammenfallen, daß sie eine Einheit bilden. Der Hirt, der Pferdewechter, der Ackernecht, die Viehmagd, der Gärtner werden zum Gesinde gerechnet, unter der Voraussetzung, daß sie nicht gegen tägliche Löhne und willkürliche Entlassung, sondern auf längere Zeit angenommen sind und im Hause des Dienstgebers verköstigt werden und wohnen.

Die Rechtsprechung hat ein übriges getan. Sie hat in zahlreichen Fällen Hausdiener eines Hotels, Hausdiener in kaufmännischen Betrieben, Laufburschen, Kellner und Kellnerinnen, Köche in Restaurants usw. zum Gesinde gerechnet. Auch die Stellung der Markthelfer, Bader und ähnlicher Arbeiter in kaufmännischen Betrieben ist eine unklare, vom Gesindebegriff vielfach bedroht. Bei Schaffung des neuen Handelsgesetzbuches im Jahre 1897 beantragten die Sozialdemokraten, leihen ohne Erfolg, daß die im Handelsgewerbe beschäftigten Personen niemals zum Gesinde gerechnet werden dürften. Weiter haben sie darauf hinge-

wirkt, zunächst wenigstens die Kunst- und Handelsgärtnerereien als Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung und deren Bestimmungen unterliegend anzuerkennen. Die Kommentatoren dieses Gesetzes stimmen da überein, daß die Gewerbeordnung Anwendung zu finden hat auf die Kunst- und Handelsgärtnerereien. Für die „gewöhnlichen“, die Landschaftsgärtnerereien, aber will man das immer noch nicht gelten lassen. Man identifiziert, um die Gärtnerarbeiter zu „Gesinde“ zu machen, die Gärtnerereien einfach mit der Landwirtschaft. So wird denn immer noch eine sehr große Zahl von Gärtnerarbeitern als ihrer Herrschaft gegenüber im Gesindeverhältnis stehend erachtet und danach behandelt. Sie sind nach dem Gesinderecht ohne weiteres zu ungemessenen Leistungen verpflichtet, während für die der Gewerbeordnung unterstellten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gewisse Schutzbestimmungen gelten.

Der Abstand zwischen Gewerbe- und Gesinde-Arbeitsrecht ist alles in allem ein beschämender, ein geradezu monströser. Jeder Gewerbearbeiter hat, nachdem er die vereinbarte Zeit tätig gewesen ist, oder außerdem noch freiwillig übernommene Arbeit geleistet hat, seine freien Stunden, während deren er sein eigener Herr ist. Das Gesinde hingegen ist durchaus der Willkür seiner Herrschaft überantwortet, deren Befehlen muß es zu jeder Tageszeit, auch nachts und Sonntags, gehorchen. Die Gesindeordnungen haben alle die Tendenz, die Dienstherrn als eine Art Hörige dem willkürlichen Regiment der Herrschaft zu unterwerfen. Obwohl, wie schon erwähnt, der Herrschaft durch das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch das Züchtigungsrecht ausdrücklich genommen ist, hat die Rechtsprechung, sich hinwegsetzend über geltendes Recht, in einigen Fällen dahin erkannt, daß das in den Gesindeordnungen festgelegte Züchtigungsrecht nicht durchaus beseitigt ist, daß die betreffenden Bestimmungen vielmehr fortbestehen in dem Sinne, daß sie „die gerichtliche Verfolgung der verübten Züchtigung ausschließen“. So hat das Gesetz die Züchtigung verboten, aber die Judikatur hat dieses Verbot tatsächlich aufgehoben dadurch, daß sie die Züchtigung als straffrei erklärt.

Die Sozialdemokratie wird natürlich nach wie vor bemüht sein, dieses ganze ausnahmerechtliche Unwesen und das Gesindewesen überhaupt zu beseitigen. Der Gesindebegriff muß fallen, an seine Stelle muß treten der Begriff der Hausangehörigen als freie Persönlichkeit, die im Recht durchaus den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wirkung der Zündwarensteuer.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte in ihrer letzten Sitzung über acht Eingaben; sieben davon fordern Besteuerung der Zündholzerzähmittel, die achte wünschte gleichzeitig eine Herabsetzung der Zündwarensteuer. Die Petitionen rühren von Zündholzfabrikanten und ihrem Verein her, außerdem hat der Magistrat der Stadt Janow i. P. eine Eingabe gesandt. Aus den Eingaben ergibt sich, wie ruinos diese Steuer für Industrie und Arbeiter gewirkt hat. Es seien nur die Angaben des Magistrats der Stadt Janow angeführt. Danach war die Zahl der Zündholzarbeiter an diesem Orte am 1. Oktober 1909: 530; am 1. Oktober 1912 zählte man nur noch 314, mithin ein Abgang von 216. Der Verlust an Einwohnern in diesem Städtchen, als Folge der Steuer, wird auf 400 beziffert. Die Verminderung der Zündholzfabrikarbeit ist auch nicht ohne Einfluß auf die Finanzen Janows geblieben. Vor Einführung der Zündholzsteuer betrug die Steuerzuschläge 150 Proz., sofort nach Einführung der Steuer 200 Proz. und jetzt 225 Proz. — Der Absatz der gesamten Industrie an Zündholzern betrug 1912 42 Proz. weniger wie vor der Einführung der Steuer. Der Referent, Abgeordneter Schwarz (Zentr.) wollte die Petition als Material überweisen. Die Sozialdemokraten empfahlen die Petitionen, soweit sie Herabsetzung der Steuer verlangen, der weitgehendsten Beachtung. Sie lehnten es aber ab, eine Steuer, die bereits ein Gewerbe ruiniert hat, noch auf andere Gewerbe auszuweiten. — Ueber die weitere Forderung, auf die Feuerzeuge eine Steuer von 2 Mk. auf die Zündsteine eine Steuer von 50 Pfg. pro Stück zu legen, wurde Übergang zur Tagesordnung beschlossen. Die Wünsche nach Herabsetzung der Zündholzsteuer wurden der Regierung als Material überwiesen.

Der Waffengebrauch des Militärs.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus München melden, daß eine Einigung zwischen den Bundesstaaten

über den Waffengebrauch des Militärs erzielt worden ist und in den nächsten Tagen amtlich bekannt gegeben werden soll. Die Einigung bedeute aber nicht eine einheitliche Regelung des Waffengebrauchs in allen Bundesstaaten, denn Bayern habe seine besseren Bestimmungen nicht aufgegeben. Die Einigung bezieht sich hauptsächlich auf Elsaß-Lothringen, wo Bestimmungen getroffen sind, die für alle dort garnisonierenden Truppenkörper gelten und sich ganz wenig von der preußischen Rabinetsordre von 1820 unterscheiden.

Mit der Wahl des Reichstagsabgeordneten Hoersch (R.) im Wahlkreis Oesterburg-Stendal.

die von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden ist, wird sich der Reichstag am heutigen Donnerstag beschäftigen. Die Konservativen wollen namentlich die Wahlprüfung beantragen, in der Hoffnung, daß das Plenum den Beschluß der Wahlprüfungskommission nicht gutheißen wird.

Nach dem Kommissionsbericht erhielt Hoersch in der Stichwahl am 22. Januar 1912 13 288 Stimmen, der Gegenkandidat, Generalsekretär Fuhrmann (N.L.) 10 995 Stimmen. Als erheblich betrachtete die Kommission namentlich die Wahlbeeinflussung durch Unterschriften von Amts- und Gemeindevorstehern im konservativen Wahlsauftrag. Der Gewählte verlor auf diese Weise 2329 Stimmen, so daß er nach dieser Rechnung 36 Stimmen weniger hat als der nationalliberale Gegenkandidat. Die Wahl wurde deshalb für ungültig erklärt.

Bei der Hauptwahl entfielen Stimmen auf Hoersch 10 512, Fuhrmann 8621, Weims (S.D.) 7434, Chociszewski (Pole) 38 Stimmen.

Fürsorge für die Agrarier.

Dem anhaltischen Landtag liegt ein Gesetzentwurf über die Wertzuwachssteuer vor, der bestimmt, daß in Landstädten und Dörfern diese Steuer nicht zu erheben ist. Außerdem sollen die Kreisstädte, in denen die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert erhoben wird, oder in denen die Veranlagungskosten der Zuwachssteuer außer Verhältnis zum Ertrag stehen, von der Erhebung der Zuwachssteuer absehen können. Unser Genosse Boigt wies darauf hin, daß solche Ausnahmerecht Bestimmungen nicht zulässig sind. Schließlich wanderte der agrarisch frifizierte Entwurf in die Kommission zurück.

Die „Germania“ und die Kölner Richtung.

Das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, respräsentierte früher bekanntlich die sogenannte Berliner Richtung, die mit der kölnischen Umgestaltung der Zentrumsparlei nichts zu tun haben wollte. In den letzten Wochen ist das nun anders geworden. Die „Germania“ hat sich von den „Quertreibern“ völlig losgesagt und geht mit den Kölnern durch dick und dünn. Dem Grafen Oppersdorff gibt das nun Anlaß, in „Klarheit“ und „Wahrheit“ nachzuweisen, daß die „Germania“ immer nicht ganz hassenrein war. Graf Oppersdorff druckt einen Brief ab, den der verstorbene Kardinal Kopp am 16. April 1911 an ihn geschrieben hat und aus dem hervorgeht, daß Kopp der „Germania“ damals schon nicht traute. Der Brief lautet:

„Euer Hochgeboren . . . gestatten, daß ich auch zugleich auf die „Germania“-Angelegenheit einige Worte erwidere. Ich teile mit Ihnen die Besorgnis, daß die „Germania“ immer mehr in Abhängigkeit der Richtung der „Kölnischen Volkszeitung“ geraten wird; ich habe dieses wiederholt dem Geheimrat Porck bereits gesagt und werde ihm dieses, sobald ich Gelegenheit finden sollte, mit noch stärkerer Betonung sagen und auf die Unabhängigkeit der „Germania“ dringen. Sind diese Mahnungen vergeblich, so werde ich, wie ich mich schon jetzt von der „Germania“ zurückgezogen habe, mich auch meines Aktienbesitzes entäußern und Euer Hochgeboren sollen die Vorhand zum Erwerb desselben haben . . . Euer Hochgeboren sehen, daß ich keine freudige Omen habe; Ihnen aber und Ihrer teuren Familie wünsche ich sie von Herzen und bleibe in treuer Verehrung Euer Hochgeboren ergebener G. Kard. Kopp.“

Die „Germania“ weiß vorerst zu diesem interessanten Schreiben nichts zu sagen.

Die Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens

erläßt nunmehr einen vom Vorsitzenden der Liga, dem Präsidenten der Zweiten Elsaß-Lothringischen Kammer Dr. Kießlin, unterzeichneten Aufruf zum Eintritt in die Liga, in dem es heißt:

„Ehre, Pflicht, Würde gebieten den Elsaß-Lothringern, Eingeborenen wie Eingewanderten und den Freunden des Landes den Kampf gegen Entstellungen, Verdächtigungen des Charakters der Elsaß-Lothringers und ihrer Bestrebungen. Unkenntnis der Verhältnisse des Landes, noch weit mehr aber die Absicht, das Streben des Landes nach staatlicher Selbständigkeit im Rahmen des Reiches und nach Gleichstellung mit den deutschen

Bundesstaaten und Verdächtigungen seiner Loyalität zu hinterziehen. ... haben namentlich in einem Teile der altdeutschen Presse das wahre Gesicht Elsaß-Lothringens entlarvt. Elsaß-Lothringen will sein wahres Gesicht nicht verbergen; es hat auch keinen Grund dazu, denn seine Ziele haben als Licht der Sonne nicht zu scheuen. Aber wir wollen es für nichts anderes gelten als für Feinde der Menschheit, sind wir auch Feinde jeder Einstellung unserer Väter und unserer Ziele. Man soll uns kennen lernen und unseren aufrichtigen Bestrebungen Achtung entgegen bringen, wie wir es als ein Volk mit einer so reichen Geschichte beanspruchen können. Mit uns lange stehen schon die trüben Quellen der Verleumdung und Verdächtigung; durch sie ist das Bild Elsaß-Lothringens gefälscht, durch die Entstellungen einer gewissen Presse das Verstandnis für die Forderungen des Landes in den weitesten Kreisen Mit-Deutschlands erschwert worden. Es gilt, diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen. Zu diesem Zwecke hat sich ein aus allen Parteien des Landes zusammengesetzter Ausschuss gebildet, der die Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens ins Leben gerufen hat. — Die Liga will folgendes: 1. Unbegründete Angriffe und Verdächtigungen, die gegen Elsaß-Lothringen und seine Bewohner erfolgen, geziemend zurückweisen und richtig stellen; 2. in erforderlichen Fällen die strafrechtliche Verfolgung derjenigen in die Wege leiten, die einen Widerruf der von ihnen ausgestreuten unrichtigen Behauptungen und Verleumdungen verweigern.“

Konservative Wünsche zur Krankenversicherung.

Die konservative Fraktion des Reichstags hat den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Versicherungsbehörden und Kassenvorstände dem Gesetz entsprechend nur solche Familienangehörige des Arbeitgebers als versicherungspflichtig zur Krankenversicherung heranzuziehen, die zu dem Arbeitgeber in einem festen Arbeitsverhältnis stehen; ferner eine Änderung des Gesetzes in Erwägung zu ziehen, durch welche die Befreiung der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Familienangehörigen des Arbeitgebers von der Krankenversicherungspflicht lediglich von dem übereinstimmenden Antrag der Beteiligten abhängig gemacht wird.

Stimmungsmache gegen die Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Die „München-Mugsburger Abendzeitung“ will aus „bestinformierter Quelle“ erfahren haben, daß der bayerische Reichsrat gegen die Annahme der Regierungsvorlage über eine Arbeitslosenversicherung in der vorliegenden Form ist.

Zu Erwartung günstigerer Zeiten?

Wolffs Depeschsbureau verbreitet die Meldung, die geplante Reise der kaiserlichen Herrschaften in die deutschen afrikanischen Schutzgebiete werde in diesem Frühjahr noch nicht zur Ausführung gelangen, da es sich als unmöglich herausgestellt habe, die Reise in der zur Verfügung stehenden Zeit so vorzubereiten, wie es nach ihrer kolonialpolitischen Bedeutung und ihrem informativischen Zweck erwünscht erschiene.

Zurzeit herrscht wenig Stimmung im Reichstage, für diese Kronprinzenerbe-Zuschüsse zu leisten!

England.

Der Kampf um Home-Rule. Die groteske Komödie, die von den konservativen Desperadopolitikern seit Monaten aufgeführt wird, ist an dem Punkte angelangt, wo sie beim erbitterten Anlaß in eine fürchterliche Tragödie umschlagen kann. Die Blaupolitik wurde mit einer verbrecherischen Rücksichtslosigkeit betrieben, die keine Grenzen kennt. Die liberale Regierung ermutigte die kontroversionären Umstürzler, indem sie ihrem Treiben unfähig zuließ und ihre Gewaltdrohungen mit Konzessionen beantwortete. Aber jede neue Konzession wurde nur mit immer frecheren Gewaltdrohungen beantwortet.

Daß keiner mehr vor einem wirklichen „Bürgerkrieg“ zittert als die Konservativen und ihre ganze Sippe von Junkern, Kapitalisten und Rentnern, ist sicher. Es gibt keinen Staat in der Welt, der so tief in der Weltwirtschaft steckelt, dessen wirtschaftliche und politische Machtstellung ein so zartes Gewebe von zahllosen dünnen Fäden ist, in dem so viele und so hohe Interessen vom ungehörten Fortgang des wirtschaftlichen und sozialen Lebens abhängen, wie England. Aber gerade deshalb hofften die reaktionären Desperados die Regierung oder die liberale Partei zu einem selbstmörderischen Rückzug zwingen zu können, wenn sie nur lange genug die Maske der arminigen Entschlossenheit am Gesichte behielten konnten. Und wenn ihr Spiel bei den Liberalen verlagte, dann konnte man noch immer hoffen, dem König die gehörige Angst einzujagen, damit er nur seinen ganzen Einfluß einsetze, die Regierung zum Rückgeben zu bewegen.

Aber aus dem Spag kann Ernst werden! Wer weiß, ob es ihnen gelingen wird, mit einer leicht erregbaren, jenseitigen Bevölkerung ungedruckt ihr Spiel zu treiben. Das moralische Fortgeschleite blödsinnige Geschwätz vom „Bürgerkrieg“, die Bewaffnungen, das Triften, das Soldatenziel, die grotesken Eidschwüre und der ganze Heeresschrei sind nicht auf ein Kommandowort des Hauptführers der Rebellen Carson wegzulassen. Es hat törichte Menschen in Ulster gegeben, die alles das für bare Münzen nahmen, und wenn es blutige Köpfe gibt, dann werden die konservativen Heher und die liberalen Schwächlinge die Verantwortung teilen müssen. Das blutige Carson, in dem er zur Reife mahnend ist ein Zeichen dafür, daß die Rebellenführer von Ulster eine Vermittlung der Folgen ihrer Hehe ergreifen hat. Und wir mögen bald das Schauspiel erleben, wie Herr Carson alle seine Kräfte in dem verzweifeltsten Bemühen erschöpft, sein Rebellenheer und seine noch weniger kontrollierbaren Nachzügler im Zaume zu halten.

Der betrübliche Charakter einer Situation, der zu extremeren im höchsten Interesse beider Parteien liegt, erhöht die Aussicht auf einen schnellen und vollen plötzlichen Friedensschluß. Es fehlt nicht an Zeichen, daß im Stillen hieran gearbeitet wird. So sind vermuthungsweise die „Times“, die bisher den Mund mit Bürgerkrieg voll hatten, plötzlich ganz verschwiegen

geworden. Es scheint, als ob die Konservativen die geringste weitere Konzession der Regierung jetzt mit Verleumdung aufnehmen würden, um sich aus einer unmoralisch gewordenen Situation zu befreien.

Wie sich auch die Dinge entwickeln mögen, die Arbeitererschaft Englands kann ihnen mit Seelenruhe entgegenblicken. Kommt es wirklich zu schweren Rührungen in Ulster, dann ist die Arbeiterpartei die einzige, die keinerlei Schuld trifft und die im allgemeinen Bankrott sittlich und politisch unverfehrt dasteht. Im übrigen brauchen die Arbeiter — abgesehen davon, daß die Arbeiter von Ulster die ersten Opfer wären — es nicht zu beklagen, wenn die herrschenden Parteien einander wie besessene Runden schlagen. Es wird ihnen auch nichts schaden, wenn dabei der ganze Herrschaftsapparat der Bourgeoisie desorganisiert und möglicherweise auch die Disziplin der Armee untergraben wird. Sie werden im Gegenteil den Dingen mit gespanntem Interesse zusehen und nützliche Lehren aus ihnen ziehen.

Die Rebellion der Offiziere. Die „Times“ melden aus Dublin: Die Verhandlungen der Offiziere mit dem Kriegsministerium verliefen sehr stürmisch. Feldmarschall French erklärte ihnen, daß ihre Handlungsweise die härteste Strafe verdiene. Erst das Dazwischentreten von Lord Roberts wirkte besänftigend. Zum Schluß unterschrieb French ein von den Offizieren aufgesetztes Schriftstück, in dem er bestätigte, daß die Offiziere keinen Befehl erhalten würden, gegen Ulster zu kämpfen oder Homerule mit Gewalt durchzusetzen, und daß sie dies den anderen Offizieren mitteilen dürften.

Dienstagabend kam es in Belfast zu einem Zusammenstoß zwischen Unionisten und Nationalisten. Die Menge warf mit Steinen und feuerte mit Revolvern. Die Polizei schritt ein und trieb die Menge auseinander.

Aus Lübeck und Rathbargerbieten.

Donnerstag, 26. März.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrens & Co. stehen mit der Firma in Lohnunterschieden. Zugang ist deshalb fernzuhalten.

Die Beratung des Staatsbudgets für 1914 in der Bürgerkammer nahm gestern ihren Anfang. Der Wortführer zeigte sehr viel Optimismus, als er die Hoffnung aussprach, daß heute, Donnerstag, die Verhandlungen beendet sein würden. Es sieht bisher nicht danach aus, daß diese Erwartung sich erfüllt. Das ist aber auch gar nicht nötig, denn gerade die Aussprache über den alle Zweige unseres Staatsorganismus umfassenden Voranschlag bietet Gelegenheit zur Kritik und zu Anregungen, die für die Allgemeinheit nur von Nutzen sein können.

Bevor man zur Budgetberatung schritt, gab der Senat bekannt, daß er von der Bürgerkammer an ihn gerichteten Ersuchen auf Errichtung einer Arbeiterkammer nicht Folge leisten werde. Die „Gründe“, welche das Stadt- und Landamt für diese ablehnende Haltung zusammengetragen hat, gipfeln darin, daß man den Einfluß der freien Gewerkschaften nicht durch die Errichtung einer Arbeiterkammer stärken will, und daß die Gewerkschaften — deren sozialpolitische Rückständigkeit sich besonders in den Äußerungen ihres Sekretärs Dr. Allendorf über die Arbeitslosenfrage ausdrückt — sowie auch die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete Rechtsauskunftsstelle den Senat in Arbeiterfragen genügend informieren. Für den Senat mag eine solche Information, mit der die Arbeiter nichts zu schaffen haben, genügen, für die werktätige Bevölkerung nicht. Das wird in der Bürgerkammer von unseren Genossen noch näher ausgeführt werden.

Die Generaldebatte zum Etat wurde durch eine Rede unseres Genossen Stelling eingeleitet, in welcher er u. a. dafür eintrat, die kleineren Einkommen bei der Steuerbelastung zu schonen und an der richtigen Stelle Sparmaßnahmen wachen zu lassen. Der Konversationshausbau, der die oldenburgischen Offiziere zur Racheiferung zwingt, die Schwimmballenangelegenheit, die Arbeitslosenfürsorge, die Wohnungsnot wurden kurz gestreift. Weiter forderte unser Redner die Schulpeinigung unermittelter Kinder und kritisierte das mangelnde soziale Empfinden des Senates, der für Bekämpfung der Volksleiden weniger als für die Festsetzung von Marineverträgen beantrage. Notwendig sei die Zahlung von Prämien an die Bürgerkammermitglieder und der Eintritt der Sozialdemokraten in die Behörden. Aber von solcher Gleichberechtigung wollen unsere herrschenden Klassen nichts wissen. Das Amtsblatt bekam nebenbei vom Genossen Stelling manchen wohlverdienten Hieb und wurde nebenbei auch vom Staatsanwalt Dr. Benda desavouiert.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es zwischen Professor Dr. Reuter einerseits und Herrn Aug. Bape, sowie Genossen Stelling andererseits. A. Bape warf dem jugendbildenden Dänenreiter vor, daß er mit seiner Hensburger Rede Lübecks Handel geschädigt habe. Darauf wußte Professor Reuter nichts Rechtes zu antworten, weshalb er es vorzog, sich an den freien Gewerkschaften zu reiben, denen er in echter Reichsverbandsmanier ohne Spur von Beweis nachsagte, sie verwendeten ihre Gelder hauptsächlich für Parteizwecke und für die Verwaltung. Genosse Stelling wies diese Verleumdung auf das Schärfste zurück.

Nachdem u. a. Dr. Wittke sich dagegen gewandt hatte, daß man überall zur Progression übergehen und Dr. Fiehl für die Befähigung der Verwaltungsreform eingetreten war, ging man zur Besprechung der einzelnen Positionen über. Hierbei wurden die verschiedensten Wünsche laut. Das Verbot des Angelns in der Rakenitz zwischen Falkendamm und Kollstrände wurde kritisiert und seine Aufhebung auch vom Genossen Stelling verlangt. Der Senat, der sich hauptsächlich auf eine wertwürdige Eingabe des St. Gewerkschaftsvereins stützte, in dem schließlich die Angler als

Trunkenbolde und arbeitsfähige Subjekte hingestellt werden, verhielt sich ablehnend.

Herr G. Reimpel benutzte bei den Fischen der Hochofenwerks-Aktion die Gelegenheit, ein Loblied auf das Hochofenwert zu singen, das in weiten Kreisen unserer Bevölkerung sicherlich keinen Widerhall finden wird. Genosse Radde ging ausführlich auf die mit Strafen gepflanzte Werksordnung und die ganzen sehr verbesserungsbedürftigen Arbeitsverhältnisse ein. Die Absperzung der Arbeiter von Außenwelt wurde außer von Radde auch von bürgerlichen Mitgliedern des Vierklassenparlaments verurteilt. Genosse Löwig wandte sich gegen die schikanöse Anwendung der neuesten Hundeverordnung, die anscheinend die Hundebesitzer so belästigen soll, daß sie zur Abschaffung des Hundes schreiten. Die Frage der Stehbierhallen gab zu längeren Erörterungen Anlaß, in der gewisse Schäden besonders betont wurden. Genosse Ehlers wies darauf hin, daß auch diese Sache ihre zwei Seiten hat, die man berücksichtigen muß.

Die umständliche Bürokratie, die noch bei verschiedenen Behörden vorhanden ist und zu mancherlei Unannehmlichkeiten Veranlassung gibt, kennzeichnete Gen. Schlerz recht drastisch an einigen konkreten Beispielen. Genosse Henze wünscht Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter bei der Wahl zum Zwangsdiener bei der Feuerwehrgesellschaft. Genosse Dr. Schlomer trat für eine bessere Mischkontrolle und für die Veröffentlichung der Ergebnisse derselben ein; weiter wünscht er die Anstellung städtischer Sanitätsfachwestern. Genosse Hoff legt ein Wort für jene kleinen Hausbesitzer ein, deren Ganganwohnungen man gesperrt habe, ohne daß dafür eine zwingende Notwendigkeit vorliege. Die Leute seien sehr geschädigt. Vom Genossen Löwig wurde angeregt, die Dienststunden des Stadt- und Landamts in Moisling und Schlutup für die Arbeiter günstiger zu legen als bisher.

Nachdem Genosse Dr. Schlomer noch kurz darauf hingewiesen hatte, daß die kriegsspielerischen Bestrebungen der sogenannten „vaterländischen“ Jugendorganisationen, für die 2000 Mk. in den Etat eingestellt worden sind, nur zur Verwilderung der Jugend führen, wurde kurz nach 11 Uhr die Weiterberatung auf heute abend 8 Uhr vertagt.

Kartellversammlung am 23. März 1914. Der Vorsitzende gab zunächst einen Bericht über die mit dem Metallarbeiterverband geschlossenen Verhandlungen betr. Wiedereintritt in das Kartell und verlas ein von den Metallarbeitern eingegangenes Schreiben, dem zu entnehmen war, daß dieselben beschloßen hätten, sich dem Kartell wieder anzuschließen, wenn man bei wichtigen Angelegenheiten eine Abstimmung in den Gewerkschaften nach der Mitgliederzahl vornehmen wolle. Nach einer kurzen Debatte, welche sich im zustimmenden Sinne bewegte, wurde so beschloßen, wodurch die Metallarbeiter dem Kartell wieder zugeführt sind. Dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht, welcher zu Monitas keine Veranlassung gab; auch die vorliegende Abrechnung vom 4. Quartal 1913 fand ihre Genehmigung. Es wurden nur einige Anfragen gestellt, die der Kassierer beantwortete. Bei der Wahl der Kartellkommission wurde hervorgehoben, ob es nicht zweckdienlich sei, dieselbe auf 7 Mann zu erhöhen. Dieses ist der Kartellkommission zur Berücksichtigung überwiegen. In die Kartellkommission wurden die Genossen Nitsche, Lies, Roskin, Mißbach und Engel gewählt. In den Jugendausschuß wurden die Genossen Nagel, Engel und Zimmermann beauftragt. Zu Mitgliedern des Kartellkomitees wurden die Genossen Kolb, Roskin, Kreuzfeldt, Mißbach und Brieh bestimmt. Der Genosse Radde gab dann einen ausführlichen Bericht über das in Lübeck vorhergehende Herbergsweien und kam zu dem Resultat, daß die Herbergskommission dem Kartell nicht empfehlen könne, jetzt schon an den Bau einer eigenen Herberge zu gehen. Die in Lübeck bestehenden Herbergen seien nicht einmal belegt, auch ständen gegenwärtig dem Projekt so große Schwierigkeiten entgegen, daß der Plan noch nicht durchführbar sei. Die Kommission mache deshalb der Kartellversammlung den Vorschlag, einen Fonds zu sammeln, um gegebenenfalls gerichtet zu sein. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde beschloßen, die Angelegenheit zunächst in den einzelnen Gewerkschaftsversammlungen zu behandeln und dann später im Kartell darauf zurück zu kommen. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß am 29. März d. J. im Gewerkschaftshaus ein Frühjahrsfest sämtlicher Gewerkschaften stattfinden. Es wurde dann beschloßen, daß der Kartellkommission die Ermächtigung zustehe, eventuell später herartige Vergünstigungen arrangieren zu können. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß die Schuhmacher sich in einer Lohnbewegung befinden. Ein Antrag des Arbeiterabstinenzbundes, daß das Kartell eine öffentliche Versammlung zur Propagierung der Abstinenzbewegung abhalten möchten, gab zu unliebamen Auseinandersetzungen über den Alkoholverbrauch im Gewerkschaftshaus Veranlassung. Der Antrag wurde abgelehnt. Eine rege Debatte über die Doppelorganisation, angeregt von den Gastwirtschaftlichen, entspann sich, nachdem behauptet wurde, daß Mitglieder anderer Verbände unter dem Tarnnamen als Gastwirtschaftlichen arbeiten. Diese Kollegen seien nicht zu lassen, da der Gastwirtschaftlichenverband irgend welche Anträge gegen diese Leute nicht stellen könne. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Genosse Dittorf aus Berlin, legte in längerer Ausführungen die Verhältnisse der Gastwirtschaftlichen klar und ersuchte um moralische Unterstützung bei Durchführung des Tarifabkommens. Es wurde festgelegt, daß der Beschluß noch bestünde, daß wer im Gastwirtschaftlichen arbeite, sich auch dieser Organisation anzuschließen hätte. Wenn Mitglieder anderer Verbände sich um die tariflichen Ermäßigungen der Gastwirtschaftlichen nicht bekümmern, so müßten die Gastwirtschaftlichen sich an die betreffenden Organisationen wenden, und versprochen die Delegierten, in ihren Gewerkschaften darnach hinzuwirken zu wollen, daß diese Kollegen zur Abstinenz gezogen würden.

Ueber die Lohnbewegung im Gastwirtschaftlichen und die Organisationen unserer Gegner sprach am 23. d. Mts. im Gewerkschaftshaus Monopol in der Versammlung der Gastwirtschaftlichen der Kollege A. Dießing-Berlin. In dem Referat schilderte der Redner wie hauptsächlich in den letzten Jahren die Lohnbewegungen in unserem Gewerbe zugenommen haben und zeigen, daß auch bei dem im Gastwirtschaftlichen beschäftigten Personal der Geist der freigewerkschaftlichen Organisation immer mehr Platz greift. Recht scharf gekennzeichnet wurde das Vorgehen der gegnerischen sogenannten „nationalen“ Geschlossenvereine. Wenn die Gastwirtschaftlichen in einer Lohnbewegung stehen, werfen sie den kämpfenden Anknüppel zwischen die Beine, so daß man diese Herrn Kollegen nicht anders bezeichnen kann als Handlanger der Arbeitgeber.

Arbeitvermittlung zur Veranlassung der freigeberischen Arbeiterbewegung". In der nachfolgenden Diskussion wurde von unseren Rednern das Gebaren des Bezirksvereins Lübeck, des Deutschen Kellnerbundes trefflich gekennzeichnet; es wurde an der Hand von Dokumenten bewiesen, daß die Mitglieder des Deutschen Kellnerbundes (Bezirksverein Lübeck) den Zentralverband der Gastwirtschaftlichen in nützlichster Weise bei den Arbeitgebern hier und in der Umgebung denunzieren. Selbst sprechen diese auch Kollegen nicht davon zurück die Zentralverbände in fälschlicher und gefährlicher Weise bei der hiesigen Polizei zu denunzieren. Trotz aller Mahnungen der Gegner, die auch bei dieser Versammlung dringend ihre Schützen geraten haben, nicht hinzugehen, gelang es wieder, mehrere Kollegen in den Verband aufzunehmen. — Kollegen, die unserer Organisation noch fernstehen, an Euch geht der Ruf: schließt Euch dem Verband der Gastwirtschaftlichen an; es ist die einzige Organisation, die Eure Rechte mit Nachdruck vertritt.

b. Schwurgericht am 25. März. Wegen Kindesmords verhandelte das Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Schröder gegen das 19jährige Dienstmädchen Chr. Schoman aus Teutendorf, das am 21. September v. Js. auf ihrer Dienststelle in Gneversdorf ein Kind gebar. Der Angeklagten wird nun zur Last gelegt, dieses Kind nach der Geburt auf gewalttätige Weise ums Leben gebracht zu haben. Es wurde einige Stunden nachher zwischen Brennesteifäden aufgefunden. Während die ärztlichen Sachverständigen erklären, die inneren Schädelverletzungen könnten nur durch gewalttätige Einwirkungen entstanden sein, behauptet die Angeklagte, vom ganzen in Frage kommenden Vorgang wegen eingetretener Ohnmacht nichts zu wissen. Die Geschworenen verurteilten die Schuldfrauen, worauf die Angeklagte kostenlos freigesprochen wurde.

pb. Diebstahl von Kleidungsstücken. In der Nacht zum 22. ds. Ms. sind aus einem in einem der alten Salzweber an der Obertrave befindlichen Lagerraum mittelst Einsteigens gestohlen worden: 1 altes dunkles Herrenjackett, 1 weißes Handtuch geg. „J. C.“, 1 dunkelgrüner wollener Schal mit 2 weißen Streifen an jeder Seite und eine größere Anzahl roher Eier.

pb. Dringend verdächtig. Festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter, der dringend verdächtig ist, auf der Probener Feldmark aus einem Kind eine größere Anzahl sich zur Anfertigung von Schaufelstiefeln eignender Besenstämme rechtswärtig abgehackt zu haben.

pb. Bodenkammerdiebstähle. In der Vorstadt St. Lorenz sind in letzter Zeit eine ganze Zahl Diebstähle in Bodenkammern vorgekommen. Ebenso auch in der inneren Stadt, besonders in der Mühlenstraße. Zuletzt wurden in der Moislinger Allee 4 Markt in bar und eine goldene Brosche mit rotem Stein, und in der Fackelburger Allee 11,50 Mark gestohlen. Den Inhabern von Bodenkammern wird dringend besondere Aufmerksamkeit empfohlen.

Im Schauspieltheater gastiert in diesem Monat das Baronsche Ensemble und brachte bisher eine lustige Hamburger Komödie. Um aber in der letzten Woche seines hiesigen Auftritts uns noch etwas Neues zu bieten, schloß sich der Direktor Herr Baron veranlaßt, gestern das von ihm verfaßte und komponierte „Liebes-Sanatorium“ zu bringen. Eine Burleske-Operette nennt sie der Verfasser. Mögen ihm die Mäusen dafür mit der Mäuserinnen sein. Situationskomik, leidliche Chöre und tragische Lieder kommen darin vor. Fel. Kamilla Borel aus Hamburg, vom Neuen Theater,

verhalf durch ihr temperamentsvolles Spiel, Gesang und ihre frische, vortreffliche Erscheinung in blendendem Kostüm dem Stück zu einem schönen Erfolg. Die Künstlerin, welche die Fürstin Mint fesselt, bemühte sich mit Glück, auch gelanglich ihre Partie zur Geltung zu bringen. Auch Herr Martin sei lobend hervorgehoben, einmal kann er wirklich singen, was bei heutigen Operettenmäccen hervorgehoben werden muß, und dann war er auch darstellerisch allen Ansprüchen gewachsen. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch die Damen Grete Werner und Solbi Karl erwähnt und von den Herren Leo Koffrei und Carl Hammerlag. Auch die Chöre waren mit Liebe und Eifer bei der Sache. Empfehlen möchten wir aber Herrn Baron, die Rolle des Haushalters Jacques mit Herrn Charly Wittong zu besetzen — der gestern nur als Einlage zwei Lieder zum besten gab — der aber sicher sowohl in gefanglicher, wie darstellerischer Hinsicht diese wichtige Rolle ganz anders zur Geltung bringen würde als ihr gestriger Träger. Wer sich einmal ein paar Stunden harmlos amüßieren will, dem kann das „Liebes-Sanatorium“ empfohlen werden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die Vorbereitungen für die Aufführung von Mozarts „Entführung aus dem Serail“ mit dem Gastspiel Karl Erb, Wilh. Furtwängler, Ludw. Glasner, am Freitag, sind bis jetzt so zahlreich gewesen, daß für den Abendverkauf nur noch ganz wenige Plätze zu haben sind. Auch für den Donnerstag, der die Wiederholung von Gogols „Revisor“ mit Direktor Stanislaus Fuchs in der Hauptrolle bringt, macht sich großes Interesse bemerkbar. Wir möchten dennoch nicht unterlassen, auf diese vortreffliche Aufführung nach einmal empfehlend hinzuweisen. Um auch auswärtigen Publikum den Besuch dieser Vorstellung zu ermöglichen, ist der Anfang auf 7 1/2 Uhr festgesetzt worden. Lessings „Minna v. Barnheim“ wird als des Lustspiel-Zyklus 6. und letzter Abend am Sonnabend gegeben.

Schwartau. Der Bildungsausschuß veranstaltet am kommenden Sonnabend abend im Lokale des Herrn Gnevers-Klein-Mühlen ein Vokalkonzert, das vom Chöreverein Lübeck ausgeführt wird. Diese vortrefflich gesungene Sängerschaft, die erst in der vorigen Woche in Lübeck einen bedeutenden Erfolg erzielte, wird eine Anzahl der schönsten Lieder unter der Leitung ihres Dirigenten Herrn Salante zum Vortrag bringen. Besonders erwähnt sei, daß auch der Frauenchor bereitwillig seine Mitwirkung zugelegt hat. Das Konzert wird deshalb sicherlich viel Abwechslung und künstlerische Genüsse bringen. Der Besuch kann angelegentlich empfohlen werden.

Wandstech. Vom Zuge überfahren. Bei Lomdorf-Lohse wurde am Dienstag morgen die Leiche eines 13 bis 14 Jahre alten Knaben auf den Schienen der Lübeck-Büchener Eisenbahn gefunden. Der Kopf ist vom Rumpf getrennt. Der Tote konnte bisher noch nicht rekonstruiert werden.

Kiel. Bei der gestrigen Stadtratswahl wurde der von den Sozialdemokraten mitunterstützte Magistratskassator Dr. Uhr mit 5500 Stimmen gewählt. Auf die anderen beiden Kandidaten entfielen rund 300 Stimmen. Die Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Wahl war außerordentlich gering. — Ein Sozialdemokrat in der Schuldeputation. Die Stadtverordnetenversammlung wählte den Genossen Ribbe in die Schuldeputation. Genosse Ribbe war vor 2 Jahren schon einmal in die Schuldeputation ge-

wählt worden, er wurde aber damals nicht bestätigt. Ebenso ist es auch schon früher dem Genossen Adler ergangen.

Einshorn. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich Mittwoch abend unmittelbar vor Einshorn auf der Binneberger Chaussee. Getötet wurden der Holzhändler Eilfmann-Barnstedt, welcher sich im Auto befand, sowie der Arbeiter Wiesener, welcher, von der Arbeit kommend, sich auf dem Nachhausewege befand und von dem Auto überrollt wurde. Der Autoführer Ahrens blieb unverletzt.

Bremen. Die Bürgerschaft genehmigte den Senatsantrag auf Erhebung einer Einkommensteuer von 7 1/2 Einheiten für die Stadt Bremen und von 7 für das übrige Staatsgebiet.

Helsingfors. Zusammenstoß zweier Zerpodoboots. Das Hochseetorpodoboot „G 193“ wurde während der gestrigen nächtlichen Übung von dem Zerpodoboot „G 108“ gefagt und über der Wasserlinie aufgerissen. Es hat am Steuerbord drei Löcher und am Achterboden an Backbord ein Loch von 70—80 Zentimetern. „G 193“ geht morgen nach Kiel, um zu docken.

Literarisches.

Wilhelm Lamjus „Der verlorene Sohn“. Eine Geschichte aus der Fremdenlegion. Gebunden 1,70 Mk. Hunderttausend Söhne hat Deutschland in den letzten 30 Jahren an die französische Fremdenlegion verloren, verloren in der Wortes fürchtbarer Bedeutung. Und dabei ist der Zug noch ständig im Steigen begriffen. Ein förmliches Desertionsfieber hat unsere Jugend erfaßt, sogar die Knaben fangen an, von der Schulbank zu entlaufen, um in die Fremdenlegion einzutreten. Eine Hauptschuld tragen daran verderbliche Schriften, die unter dem Deckmantel der „Aufklärung“ die Phantasie der jugendlichen Leser durch Häufung wüster Abenteuer überreizen. Im bewußten Gegensatz hierzu läßt Wilh. Lamjus in seinem Buch „Der verlorene Sohn“ die Tatsachen sprechen, die in ihrer Fruchtbarkeit genugsam fesseln. Der Verfasser geht aus von dem Afrika, das der Junge in sich trägt, von dem Land seiner Sehnsucht und seiner Knaben-träume, und führt ihn hin in die Wirklichkeit, damit ihn die Wirklichkeit entzaubere: es sind wohl Qualen durchzumachen, aber nur selten ist Gelegenheit, extramurale Festenaten zu vollbringen. Wilh. Lamjus erreicht diese abfähernde Wirkung ohne Aufdringlichkeit und sein Buch wird hoffentlich viele deutsche Jünglinge vor ihrem sicheren Untergang in der Fremdenlegion bewahren.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Skelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma Karl Häuer u. Co., Lübeck, Herstellerin der Marke „Vienenfleisch“, bei.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- und Kommissionsitzungen

8. Distrikt.

Sonnabend, den 28. März 1914 abends 8 1/2 Uhr, bei Marcks (Meyers Nachfolger) 2304) Fackelburger Allee 10.

Gef. v. Brautpaar z. 1. Juli eine 2-Zimmer-Wohnung. Markt oder Holstentor. Ang. m. Preis unt. 23. G. 24 a. d. Exped. d. Bl. (2308)

Gef. v. 1. Ehepaar m. 1 Kind z. 1. Juli 2-3-Zimmer-Wohnung m. Hofl. Burgtor-Markt. Anged. u. S. 28 a. d. Exp. d. Bl. (2295)

Gerucht zum 1. Juli eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Stall vorm Burgtor. Angebote unter K. an d. Exped. d. Bl. (2293)

Ruhige Leute mit 2 Kindern such. zum 1. Juli h. nette 2-Zimmer-Wohnung nach vorne in der Stadt. Ang. u. N. 10 a. d. Exp. (2307)

Wegen Umzug billig zu verkauf. 1 Trittnähmaschine, 1 zwei- 1 dreiflamme. Petroleumkocher, 1 Gefäßkoffer. (2306) Georgstr. 15.1.

10 Jir. Ertart., geißt. magnambonum, 1 Schulter und 2 Seiten Speck (geräuchert) zu verk. (2294) Schwartau, Rangau-Allee 5.

Ein groß. stark. Papageibauer zu ver. (2319) Engelsarube 75. pt.

Billich zu verkaufen eine junge Schäferhündin. (2298) Anged. unt. S. E. 365.

Feststehende Stücke zu kaufen gesucht. H. Freitag, Auauftenstr. 26a.

Kartoffelland,

ertragsfähig, gut gebünat und ge- rüstet a. Quadratrute 70 Bg. wird vermessen Sonnabend, d. 28. März, abends von 5 Uhr an, und Sonntag, morgens von 7 Uhr an, auf der Woppel gegenüber d. Ziegelei-Vormerf (287) Karl Reshöit, Eifenstr. 6.

Gartenland zu verpacht. (2290) Stockelsdorf, Lohstr. 10.

Ein Beil verk. v. d. Krausenage bis Subermis. Abzugeben gegen Belohn. (2296) Krausenstr. 13.

Filliale **Stockelsdorf** Ahrensböcker Straße.

Johannes Holst

Lübeck Kohlmarkt 6 Markt 6. 2309

Mitglied des Rabatt-Sparvereins Lubeca.

Dieses Inserat ist auch für meine Filiale maßgebend.

Vorteilhaftes Osterangebot in Schuhwaren

Ein Posten Sandalen

Größe 42-36	35-31	30-27	26-21
Paar 2.58	2.28	1.98	1.58

Größe 40-36 35-31 30-27 26-25 24-22

Paar 5.95	3.95-4.35	3.25-3.50	2.85	2.25
-----------	-----------	-----------	------	------

Ein Post. Rind- u. Roßboxstiefel

25-26	27-30	31-35
Paar 3.25	3.95	4.50

Ein Post. braune Chevreau-stiefel.

Größe 35-31	30-27
Paar 5.95	5.50

Ein Posten braune Stiefel mit Lackbesatz

Größe 23-26	Paar 2.95
Wert 4.50-5.25	

Ein Posten Damen-Schuhe Derby mit Lackkappe

Paar 5.35-6.45

Ein Posten Roßboxstiefel für Herren

Paar 6.50
Weit unter Preis.

Agraffenstiefel in braun für Herren

Paar 9.50	12.50
-----------	-------

Herren-Agraffenstiefel in allen Preislagen

5.50	5.95	6.50	7.25	8.50	9.25-14.50
------	------	------	------	------	------------

Damenstiefel versch. Lederarten

Paar 4.95	5.95	6.95	7.95	9.25-12.50
-----------	------	------	------	------------

Braune Damenschuhe u. Stiefel in vielen Preislagen.

Starke Arbeitsschuhe u. Stiefel

4.50-5.50	6.50	7.95
-----------	------	------

Rindlederne Halbstiefel

Paar 10.95

Malerschuhe . . . Paar 75.00

Ladeschuhe . . . Paar 1.50.00

Einem geehrten Publikum von Markt und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage

Herren-, Damen- und Kinderstiefel

neu aufgenommen habe.

Ich führe

Damenstiefel in den Preis- 4.95 bis 10.95

Herrenstiefel 5.50 bis 12.75

Sandalen

Gr. 42-36	35-31	27-30	25-21
Paar 2.58	2.28	1.98	1.58

Extra billig

1 Posten braune Stiefel mit Lackbesatz

Paar 2.95	Gr. 23-26
-----------	-----------

Damen-Halbschuhe, Spangenschuhe, Hauschuhe, Knaben- und Mädchen-Stiefel in braun und schwarz, billigst.

Eine Beschäftigung meines Lagers ohne Kaufzwang erbeten,

Conse Cohn, Kottwitz-straße 6.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch zur gütigen Kenntnisnahme, daß ich am Sonnabend, dem 28. März (2305) 16 Drögestr. 16 ein Barbier- und Friseur-Geschäft eröffnen werde. Gute und saubere Bedienung zusichernd, bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hans Sorgentfrei Friseur.

SchillersWerke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Ragoda Tausendfach bewährtes selbsttätiges Schnell-Waschmittel

Unüberkoffen! 1 Pfund 50 Pf.

Sehr viele Anerkennungen.

Käse-Lager

Große Posten

Rahmkäse und Schweizerkäse } Pfund 60 Pfr.

Schlammacherstr. 12, Detail-Verkauf a. d. Diele. (2315)

Neue, bestgereinigte

Bettfedern

Damen, federdichte, echtfarbene Intellekt; fertige Betten.

Die richtige Bezugsquelle für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (940)

Herm. Kampff

früher Gebr. Barg

Lübeck Lauenburg a. E.

Kohlmarkt 5. Elbstraße 91/93.

Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten, Johannisstraße 46.

Die Arbeiter-Wardroben aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck **Otto Albers** Kohlmarkt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	2.20-6.45
Maurerhosen . . .	2.60-6.75
Schlosserhosen . . .	1.88-5.25
Aberziehohsen . . .	1.08-2.35
Zwirn-Hosen . . .	1.68-3.25

leimene Jacken, Strümpfe u. gerabe, 1.25, Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Watermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubeca.

Urteil.
In der Strafsache
gegen
den Geldverleiher Helmuth Robert
Richard Speckmann, geboren
am 9. März 1875 zu Werchen, Kreis
Dennin in Pommeren, wohnhaft
in Lübeck,
wegen unlauteren Wettbewerbes,
hat die III. Strafkammer des Land-
gerichts der freien und Hansestadt
Lübeck und des Großherzoglich
Oldenburgischen Fürstentums Lübeck
zu Lübeck in der Sitzung vom
4. Oktober 1913, an welcher teil-
genommen haben:
1. Landgerichtsdirektor Dr. Meyer,
2. Landrichter Fehling,
3. Landgerichtsrat Dr. Pabst,
4. Landrichter Dr. Eschenburg,
5. Landrichter Dr. Utermarck
als Richter,
Erster Staatsanwalt Dr. Vanda
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Bureauhilfsarbeiter Uther
als Gerichtsschreiber,
für Recht erkannt:
Der Angeklagte wird wegen zweier
Vergehen, strafbar nach § 4 des
Gesetzes zur Bekämpfung des un-
lauteren Wettbewerbes zu einer
Geldstrafe von Sechshundert
Mark, an deren Stelle im Falle der
Uneinziehbarkeit für je Mk. 10 ein
Tag Gefängnis tritt, und in die
Kosten des Verfahrens verurteilt.
Die Kosten der Strafvollstreckung
fallen, wenn sie von dem Ange-
klagten nicht zu erlangen sind, der
freien und Hansestadt Lübeck zur
Last.
Die Urteilsformel ist auf Kosten
des Angeklagten je ein Mal in den
Lübeckischen Anzeigen, den Lübecker
General-Anzeiger, den Lübecker
Nachrichten und dem Volksboten zu
veröffentlichen.

geg. Dr. Meyer, Fehling, Dr. Pabst,
Eschenburg, Utermarck.
Die Richtigkeit der Abschrift der
Urteilsformel wird beglaubigt und
die Vollstreckbarkeit des Urteils be-
scheinigt.
Lübeck den 18. März 1914.
Der Gerichtsschreiber des Land-
gerichts.
F. W.
(L. S.) geg. Vembke.
Zur Beglaubigung:
Rasper,
Staatsanwaltschafts-Assistent.

Verkauf lebender Bunt
vom Boot aus (2301)
am Freitag, dem 27. März
vormittags von 8 Uhr ab an der
Hüfnerforbrücke.

Junge Frau sucht Beschäftigung
in Handarbeiten. Angebote unter
H F 38 an die Exp. d. Bl. (2311)
Gesucht ein junger Knecht
zum 1. April. (2312)
W. Krahn, Fackenburg Allee 57a.

Geschäfts-Eröffnung.
Mache hiermit den Einwohnern von Schwartau-Kensfeld die Mit-
teilung, daß ich mit dem heutigen Tage eine (2320)
Rind- u. Schweineschlachterei
eröffne. Es wird mein Bestreben sein, durch Lieferung guter Ware mit
das Vertrauen meiner werten Kundschaft zu erwerben.
Sachachtungsvoll
**Hans Jäde, Schwartau,
Rantzau-Allee 15.**

Achtung! Staatsarbeiter! Achtung!

Große öffentliche
Versammlung
aller in Staats- u. Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter
am Sonnabend, 28. März, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
**Die Antwort auf unsere Lohnforderung u. neue
Maßnahmen zur weiteren Lohnaufbesserung.**
Referent: Kollege H. Voht.
Kollegen! Mitarbeiter! In dieser hochwichtigen
Versammlung darf kein Staats- und Gemeindefunktionär
fehlen, dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt.
Der Einberufer.
(2310)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Abteilung für Manufakturwaren
Königstraße 111.

Reiche Auswahl
bieten wir
unsern Mitgliedern in

Konfirmanden-Wäsche

Für Mädchen:

Hemden
Hosen
Untertaillen

Stickereiröcke
Anstandsrocke
Korsetts

Taschentücher
Handschuhe
Strümpfe

Für Knaben:

Hemden
Unterhosen
Socken

Kragen
Serviteurs
Manschetten

Krawatten
Hosenträger
Kragen- u. Manschetten-
knöpfe

In Berufskleidung

empfehlen wir:

Blaue Jacken und Hosen
in Körper und Leinen.

Maurer-Jacken und -Hosen
gestreifte Blusen.

Schwarze Lederhosen ■ Manchesterhosen ■ Buckskinhosen
Pilot-Hosen, schlicht blau und gestreift.

2318 Kajen, schwarz und blau. ■ Arbeitswesten.

Gemüsesamen

allerbeste Güte, empfiehlt (2302)
Schelm & Wege, Mengstraße 10.
1 Winterüberzieher f. alt. Garten,
1 Sommerüberzieher, guterh., dal.
Peribohnen u. gr. Bohnen 3. Pflanz-
b. zu perf. Genedesstraße 2, I. (2299)
Fera u. Verit. m. Wat. 3. perf.
2317 Langer Lohberg 53.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater:
Sonntag, den 5. April 1914, nachmittags 3 Uhr präzise.

Mignon.

Oper in 3 Akten von A. Thomas.

Preis der Karte 75 Pfg., einschliesslich Garderobe.

Auslosung der Plätze am Sonnabend, dem 4. April, von 6 1/2 bis
9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

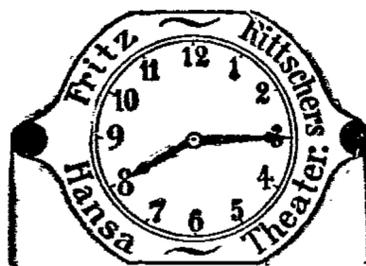
Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.

Während der Ouvertüre bleiben die Einlaßtüren geschlossen.
2313) Der Vorstand.

Ausgabe der Karten für Mitglieder am Freitag, dem 27. März
und Sonnabend, dem 28. März, im „Lübecker Volksboten“.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Beginn des öffentlichen Verkaufs am Montag, dem 30. März, an
den bekannten Stellen.



Kurzes Gastspiel des
Rudolph-Báron-Ensembles.

Heute und folgende Tage:

Neu! **Das Liebes-Sanatorium** Neu! Neu!
Barieske-Operette von Rudolph Báron.
In Szene gesetzt von Rudolph Báron.

Nur wenige Aufführungen.
1496 Charly Wittung als Gast.
Anfang: Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8 1/4 Uhr. Kleine Preise.

Pa. Schweinefleisch und
Schweinebraten . . . 70
Pa. Ochsenfleisch . . . 85
Dicke Flomen . . . 70
frisch. Kopf und Bein 20
fr. Och.- u. Schweinehad 90

Paul Schmidt,
Schlachtere und Wurstmacherei,
53 Steinarader Weg 53.
Selbstoch. Magnum bonum-Kartoffeln
10 25 Pfg., 100 25 billiger. (2300)
Johannes Schröder, Hagenstr. 14.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlungen

für die Mitglieder in
Vorwerk

am Donnerstag, dem 26. März
abends 8 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt Stapelfeldt,
Vorwerk;
für die Mitglieder der Waren-
abgabestelle

Kronsforder Allee

am Freitag, dem 27. März,
abends 8 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt Hagelstein,
Geniner Straße;
für die Mitglieder in

Schlutup

am Sonnabend, dem 28. März,
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof „Zur Linde“.

Tagesordnung
in allen Versammlungen:

1. Geschäftsbericht.

2. Genossenschaftliches.

Wir bitten die Mitglieder und
deren Frauen, recht zahlreich in den
Versammlungen zu erscheinen.
2254) Der Vorstand.

Vokalkonzert

ausgeführt vom

Chorverein Lübeck
am Sonnabend, dem 28. März

abends 9 Uhr

im Lokale des Herrn O. Evers,
Klein-Mühlen.

Eintritt 30 Pfg. (2292)

Der Bildungsausschuß
Schwartau.

**Fußball-
spieler**
am Freitag, d.
27. März 1914
Versammlung

im Klublokal, Fackenburg, All. 28.
Wahl des Spielleiters der II. Mann-
schaft. (2303) D. O.

Neues Stadttheater

Donnerstag, den 26. März 1914:
162. Vorst. i. B.-Ab. 26. B. i. Donn.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Fremdenvorstellung.

Gastspiel von Stanislaus Fuchs:

Der Revisor.

Lustspiel von Gogol.

Mittelpreise.

Freitag, den 27. März 1914:
163. B. i. B.-Ab. 27. B. i. Freitag-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Zyklus heiterer Opern:

II. Tag:

Gastspiel von Karl Erb, Ludwig
Flaschner u. Wilhelm Furtwängler.

**Die Entführung
aus dem Serail.**

Oper von W. A. Mozart.

Erhöhte Preise. (2291)

Sonnabend, den 28. März 1914:
164. B. i. B.-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Lustspiel-Zyklus (VI. Tag):

Minna v. Barnhelm.

Lustspiel von Lessing.

Mittelpreise.

Schülerkarten haben Gültigkeit.

Sonntag, den 29. März 1914:

Nachmittags 3 Uhr:

Volksvorstellung.

Der Registrator auf Reisen.

Große Hofse mit Gesang in 3 Akten
von A. Arronge und G. v. Moser.

Jeder Platz 75 Pfg.

Verlosung der Plätze Freitag und
Sonnabend von 8 1/2-9 1/4 Uhr an
der Theaterkasse.

Das Ergebnis der roten Woche.

Nach einer Zusammenstellung des Parteivorstandes, die auf Grund der von den Organisationen eingeforderten Mitteilungen hergestellt wurde, weist die Werbearbeit der roten Woche folgende Ergebnisse auf:

Bezirk	Es wurden gewonnen:		Nicht be- richtet haben
	Mitglieder insgesamt	Abon- nenten	
Preußen	1150	435	9 Wahlkreise
Westpreußen	829	313	
Groß-Berlin	12571	2424	
Brandenburg	6509	1860	
Pommern	864	183	7
Bosen	117	38	12
Breslau	2826	616	1832
Östlich	826	142	380
Oberlangensielau	791	287	1135
Kattowib	22	4	16
Magdeburg	5848	1894	750
Halle	2785	952	706
Erfurt	2689	602	1025
Schleswig-Holstein	5829	1686	1823
Hannover	2822	1048	1322
Östliches Westfalen	1866	287	1188
Westliches Westfalen	8481	726	3709
Frankfurt a. M.	5984	902	3153
Rassel	850	160	?
Oberrhein	2827	295	1188
Niederrhein	7550	1878	6291
Nordbayeren	4814	821	6383
Südbayeren (München)	4887	732	7320
Wfalz	1283	?	1147
Dresden	4069	924	1270
Chemnitz	6929	1816	2695
Leipzig	6983	1825	1931
Bietkau	2872	581	1282
Württemberg	4838	704	4131
Baden	4113	579	1960
Hessen	2932	200	2840
Mecklenbg.-Vöber	2786	572	731
Groß-Thüringen	8668	778	3360
Oldenburg	1050	287	251
Braunschweig	1941	294	640
Hamburg	9493	2041	1233
Nordwest	4273	1008	2193
Sfag-Bohringen	802	?	704
zusammen in 836 Wahlkreisen	182179	28661	78842 61 Wahlkreis

Dieses Resultat der roten Woche ist überaus glänzend und übertrifft alle Erwartungen. Und doch ist es noch nicht vollständig; abgesehen von den 61 Wahlkreisen, die bisher noch nicht berichtet haben, gehen aus den Wahlkreisen, über die berichtet wurde, noch fortwährend ergänzende Mitteilungen ein, die die Zahl der neugewonnenen Mitglieder und Abonnenten erhöhen.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, 25. März.

Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1914.

(Erster Tag.)

Der Vorsitzende Dimpfer eröffnet um 6 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Der Senat erklärt, daß er dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. März 1913 um Errichtung einer Arbeiterkammer zum 1. April 1914 keine Folge geben kann.

In der Generaldebatte erhält das Wort

Stellung: Das gegenwärtige Budget ist günstiger als das vorjährige. Jenes hatte 621 000 Mk. Defizit, dieses nur 514 000 Mk. Es ist unbedingt nötig, zu betonen, daß wir einen Rückgang unseres Fehlbetrages zu verzeichnen haben, aber Freudentöne können wir deshalb nicht anstimmen. Lübeck ist ein kleines Gemeinwesen und nicht groß genug, um derartige Fehlbeträge auf die Dauer zu ertragen. Die 600 000 Mk. in der Ausgleichskasse werden bald aufgebraucht sein, weshalb mit allem Nachdruck betont werden muß, daß unsere Finanzverhältnisse nicht glänzend sind. Es ist erforderlich für eine Verbesserung der Einnahmen und eine Verringerung der Ausgaben zu sorgen. Vielleicht werden durch den Generalparson anläßlich des Wehrbeitrages unsere Steuererträge auch höher gestellt, der Herr Senator gibt uns hierüber wohl Auskunft, damit wir feststellen können, ob auch hier unter unseren „Patrioten“ Steuerdrückeberger sind. Dann läßt sich auch ermitteln, ob resp. wie der Generalparson unsere Finanzen verbessert. Unsere Steuereinkünfte sollten unter 6 bleiben, heute werden 6 Einheiten erhoben und dadurch die Steuerzahler mehr belastet, als dies früher bei 15 und 18 Prozent der Fall war. Der jetzige Steuerfuß entspricht einem solchen von 20 Prozent Zuschlag. Insbesondere erfolgt eine höhere Belastung für diejenigen — wenn dem Senat Antrag gefolgt wird — die unter 1200 Mark versteuern. Früher wurde beschlossen, die Steuerzuschläge erst bei 1200 Mk. zu erheben, jetzt werden die 6 Einheitsätze bereits bei 600 Mk. Einkommen berechnet. Hier muß eine Änderung eintreten: Wir müssen uns, was ich schon mehrfach ausgesprochen habe, endlich daran gewöhnen, uns nach der Decke zu strecken, wir können nicht immer alles vom Westen haben. Ich denke hier besonders an das höhere Schulwesen. Eine höhere Knabenschule soll wieder gebaut werden und weiter begt man die Absicht, eine Studienanstalt für Mädchen zu errichten. Das sind Sachen, die wir uns auf die Dauer nicht leisten können. Selbstverständlich ist auch das berühmte Konversationshaus nicht zu vergessen, das uns eine halbe Million jetzt schon gekostet hat. Auch hier wurde erklärt, wir müssen ein solches Haus haben, um vor den übrigen Ostseebädern einen Vorsprung zu erzielen. Damals glaubten wir, die anderen Ostseebäder würden es auch machen, und jetzt stellt sich erst heraus, daß jene durch unser Vorgehen dazu gezwungen werden. Das Städtentum und Großherzogtum Oldenburg wird durch uns vor diese neuen Ausgaben gestellt. Tatsache ist doch, daß der größte Teil der Bevölkerung von diesem Konversationshaus nichts hat, darüber sind wir uns doch bei der Beratung klar geworden. Bei dieser Gelegenheit ist erforderlich, darauf hinzuweisen, daß wir bei Schaffung gewisser Beamtenstellen uns nicht immer nach dem großen Bruder zu richten brauchen, einen Polizeileutnant z. B. haben wir nicht nötig; es ist völlig überflüssig, dafür Geld auszugeben. Diese Stellung würde auch weitere Anstellung an Polizeikommissaren und Wachtmeistern zur Folge haben. Ich möchte Sie ermahnen, und das nicht zum erstenmal, wahrzunehmen, was Sie immer vorgeben, Sparamkeit zu üben. Davon ist jedoch nur die Rede, wenn es sich um Forderungen handelt, die nicht im Interesse bevorzuger Klassen liegen, sondern in demjenigen der Arbeiterklasse als dem größten Teil der Bevölkerung. Wenn der Lübsche Staat an die Erfüllung von Forderungen herantritt, dann dürfen es nur solche sein, die äußerst dringend sind. Ich möchte da auf unsere Gangwohnungen hinweisen, denen mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden muß. Es ist absolut notwendig, daß hier Remedur geschaffen wird. Ferner ist Mangel an kleineren Wohnungen so groß, daß die Leute mit mehreren Kindern mit Angst und Grauen an den Umzugsstermin denken, sie müssen von früh bis Abend herumlaufen, bis sie halbwegs eine Wohnung erhalten. Das Städtliche

Amt hat den Mangel kleinerer Wohnungen selbst zugegeben. Die Privatunternehmer kümmern sich nicht darum und der Staat baut lieber Konversationshäuser für mehrere hunderttausend Mark. Da hat er auch die Verpflichtung, dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelfen. Weiter ist notwendig, daß Lübeck endlich eine Schwimmhalle erhält, und nicht minder notwendig ist unter den heutigen Verhältnissen, die Schulpflicht einzuführen. Wir haben sie mehrfach beantragt, immer ist sie abgelehnt worden. An diese Aufgabe muß herangetreten werden, damit es nicht mehr vorkommt, daß Kinder hungrig und frierend zur Schule gehen. Zur Arbeitslosenfürsorge ist vor kurzem beschlossen worden, der Senat möge Maßnahmen zu ihrer Verringerung treffen. Er hat dies abgelehnt, weil nach seinen Ermittlungen die Arbeitslosigkeit keinen erheblichen Umfang angenommen habe. Eine Umfrage bei sieben Gewerkschaften, die die Zimmerer, Bau-, Holz-, Metall-, Fabrik-, Transportarbeiter und die Maler betrifft, ergab in der letzten Januarwoche 1914 804 Arbeitslose. Rechnet man die Arbeitslosen von den über 30 Gewerkschaften am Orte zusammen, dann steigt ihre Zahl auf weit über 1000. Viele haben sich gar nicht gemeldet, da sie nicht bezugsberechtigt sind oder hoffen, in den nächsten Tagen wieder Arbeit zu bekommen. Im vorigen Jahre haben die hiesigen Gewerkschaften an 2671 Mitglieder 67 834 Mk. an Arbeitslosen-Unterstützungen ausgezahlt; dieser Betrag ist nach meiner Meinung dem Staate erspart werden, die Gewerkschaften haben die Verpflichtung des Staates übernommen. Würde sich der Senat auf einen andern Standpunkt stellen, könnten auch unsere Armenlasten, die jetzt rund 400 000 Mark betragen, verringert werden. Mander bestreitet vielleicht den großen Umfang der Arbeitslosigkeit, und vielleicht hat diesen Herren das Lübsche Amtsblatt aus der Seele gesprochen, als es schrieb:

„Die Sozialdemokratie scheint unrettbar dem Wahn verfallen zu sein, daß nur die Ausnutzung einer Arbeitslosigkeit den Stillstand in der Partei beseitigen könne. Arbeitslosigkeit heißt jetzt das Alpha und das Omega ihrer Agitation, und wo sie keine Arbeitslosigkeit, wie sie sie braucht, hat, da macht sie sich eine. Mit Hilfe der Statistik und des allzeit bereiten arbeitsscheuen Mobs geht das ganz leicht. Die Statistik kommt auf Papier, der Mob auf die Straße und die sozialdemokratische Arbeitslosigkeit ist da!“

Zum mindesten ist eine solche Behauptung eine Unverschämtheit, um nicht direkt zu sagen: Frechheit, in dieser Weise die Bestrebungen der Gewerkschaften, die darauf gerichtet sind, die staatlichen Pflichten zu erfüllen, herabzusetzen. Zum mindesten zeigt der Senat, daß bei ihm für den Ernst des Lebens nicht das nötige Verständnis vorhanden ist. Ich muß dies daraus schlussfolgern, weil man dieser Verständnislosigkeit häufiger begegnet. Die Straßenbahnverwaltung z. B. hat auf eine Eingabe erklärt, daß im letzten Jahre eine Verteuerung der Lebensmittel, Mieten und Steuern nicht eingetreten sei. Und dabei steht gerade in Bezug der Mieten fest, daß sie jetzt vor dem Burgtor für 2-Zimmer-Wohnungen um 10 und 20 Mark verteuert wurden. Das ist Ihnen allen bekannt, da muß man sich doch wundern, wenn der Senat erklärt, eine Erhöhung der Mieten sei nicht eingetreten. Wenn wirklich einige Herren vom Senat es nicht wissen sollten, brauchen sie nur die Waie in die Zeitung zu stecken. Daraus könnten sie ersehen, daß die Grundbesitzer die Absicht haben, die Mieten noch um 10—20 Prozent zu erhöhen. Diese Haltung der Straßenbahnverwaltung kennzeichnet aber auch das außerordentlich geringe Verständnis für die Lage der Arbeiterklasse. Das mangelhafte soziale Empfinden ist schon häufig erwähnt worden. Für die tuberkulösen Kinder sollen ganze 2000 Mark bewilligt werden, dagegen werden für die Zagung der Marinevereine 2500 Mark ausgeworfen. Vor kurzem haben sich Herren, die nicht im Verdacht stehen Sozialdemokraten zu sein, dahin ausgesprochen, daß die Vereine sich entschieden verbitten sollten auf Staatskosten gefüttert zu werden. Die Deputierten bekommen doch ihre Diä-

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Sallas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(3. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

II.

Am Morgen nach dem Ballfeste beim Grafen Orlow erhob sich Fürstin Pauline voll banger Ahnungen von ihrem Lager; sie wußte nur zu gut, daß das Gewitter für sie noch nicht vorübergezogen war. Gegen zwölf Uhr trat ein Latat in ihr Boudoir mit der Meldung, der Fürst erwarte sie im Empfangsalon.

„Wer ist bei meinem Vater, Ivan Sergejewitsch?“ fragte die Fürstin voll sichtbarer Beängstigung.

„General Wara... Sawara...“ stotterte der alte, vertraute Diener.

„Vielleicht General Orwads?“ unterbrach ihn die Fürstin.

„Zawohl, Durchlaucht, entschuldigen Sie, der Name läßt sich so schwer behalten! Wohl zwanzigmal habe ich ihn mir wiederholt und dennoch wieder vergessen.“

„Sage meinem Vater, daß ich sofort erscheinen werde!“

Die Tür schloß sich hinter dem Diener, und die Fürstin blieb gesenkten Hauptes mitten im Zimmer stehen. Sie war nicht eine Sekunde darüber im Zweifel, weshalb ihr Vater sie rufen ließ. Bereits seit mehreren Stunden erwartete sie den verhängnisvollen Augenblick und bereitete sich auf denselben vor; sie fühlte die Kraft zu einem verzweifeltsten Kampfe in sich, und jetzt, da die Entscheidung nahe, begann sie zu zittern und zu zagen. Wohl zwei Minuten stand Pauline ratlos da. Die Furcht vor ihrem Vater löschte ihr alle Energie genommen zu haben, und sie suchte sich zu überreden, daß der Kaiser wirklich kein so abschreckender Mensch wäre, wie sie sich eingebildet habe. Er war zwar alt, allein sie konnte doch nicht erwarten, daß ein fünfundsiebenzigjähriger Jüngling um sie werbe; auch war er vielleicht gar nicht so böse, wie er aussah, dachte sie. Allein plötzlich erinnerte sie sich seines Aussehens am geistigen Abend; lebhaft gedachte sie seines tierischen Gesichtsausdrucks, sowie seiner kleinen Augen, welche ihr Weiter zu treffend mit denen eines Wildschweines verglichen hatte. Unwillkürlich wich die Fürstin einen Schritt zurück, als hätte sie sich vor seinem Schatten erschreckt.

„Nein, nein, er ist ein Tier, und es wird ihm nicht schwer fallen, seine eigene Frau zu mordern.“ sprach sie halblaut. „Andere töten ihre Weiber wohl aus Liebe, aus Eifersucht

oder aus irgend einer anderen Leidenschaft, doch dieser Mensch könnte seine Frau kalten Blutes mit der Reitpeitsche zu Tode prügeln. Nein, mein Vater, ich heirate ihn nicht, ich bin ja kein Kind mehr! Hätte ich so jung wie meine Mutter geheiratet, so könnte ich heute schon eine verlobte Tochter haben. O nein, Vater, ich bin kein dummes Ganschen mehr!“

Sie trat vor den Spiegel und betrachtete aufmerksam ihr Gesicht, und da dasselbe ziemlich stark gerötet war, so setzte sie sich in einen Sessel, um sich ein wenig zu beruhigen. Dann dachte sie an ihren jahronigen Vater, der ihr wiederholt gedroht hatte, im Weigerungsfalle in der schroffsten Weise gegen sie vorzugehen.

„Aber was kann er mir denn tun? Wie kann er mich strafen?“ rief sie. „Bislang gab es für renitente Töchter eine harte Strafe in Rußland, man brachte sie in ein Kloster und ließ sie ohne weiteres ein. Aber einmal hat die hochseltsame Kaiserin ein derartiges Verfahren seitens der Eltern auf das strengste verboten, und zweitens... was dürfte wohl ärger sein, in einem stillen Kloster zu leben, oder aber an einen solch tierischen Menschen zeitweilig gekettet zu sein?“

Die Fürstin seufzte, zwang sich jedoch zu einem Lächeln und begab sich festen Schrittes nach dem Empfangsalon. Hier fand sie ihren Vater und Orwads schweigend neben einander auf dem Sofa sitzen, als hätten sie sich gegenseitig nichts mehr zu sagen, und als warteten sie bloß auf ihr Erscheinen. Als sie in den Salon trat, warf sich der General stolz in die Brust, gerade als ob er soeben zu kommandieren anfangen wollte. Er war in voller Uniform, und der Fürstin schien es, als trage er eine ganze Waffenammlung und ein Duzend geladener Pistolen bei sich. Siegesgewiß bläute er auf die Fürstin herab, während seine Augen wie die eines Raubtieres funkelteten.

„Fürstin Praskowia Andrejewna.“ Jub der Fürst Andrej Zwanowitsch in langsamem, fremdem Tone an, „Du weißt, daß ich Dich liebe, und daß mein Herz und meine Vaterpflichten mir gebieten, Dir alles Gute zu wünschen. Meines Wissens habe ich niemals im Leben einen dummen Streich begangen, und ich hoffe, daß trotz meines vorgerückten Alters meine Urteilskraft noch ungechwächt ist. Allerdings bist Du kein Kind mehr, aber immerhin befindest Du als Mann mehr Verstand und mehr Erfahrung, und es müßte mich daher Wunder nehmen und tief kränken, falls Du es verschmähen würdest, meinem Rate zu folgen, besonders wenn es sich um eine wichtige Angelegenheit handelt, ja, ich würde es sogar für meine heilige Pflicht erachten, ein derartiges Vergehen nicht ungestraft hingehen zu lassen. Wie ein Souverän auf Grund seiner Herrschaftsgewalt unangehörige Untertanen bestrafen, so würde ich kraft meiner Vaterrechte Dich ebenfalls wegen etwaiger Ungehorsamkeit züchtigen. Hoffentlich verzeihst Du mir,

und ich habe deshalb meinen Worten nichts weiter hinzuzufügen. Ich begehre mich jetzt in mein Arbeitskabinett; dort erwarte ich Dich mit dem General, um Euch beide dann in mein Schlafzimmer zu führen und vor unseren Familien- und Heiligenbildern Euren Herzensbunde meinen väterlichen Segen zu erteilen.“

Der Fürst schweig, erhob sich und hinkte hinaus. Als die Tür hinter ihm ins Schloß gefallen war, bläute Pauline nach Orwads hin, welcher ihr gegenüber saß. Unwillkürlich trat sie einen Schritt zurück und wollte ihren Augen nicht trauen, als sie den hochmütigen, arroganten Zug in seinem Gesichte sah, der da zu sagen schien: Was bleibt mir denn zu tun übrig, da Du mich so unaussprechlich liebst und es für eine große Ehre hältst, mein Weib zu werden? Ja, ich will mich opfern... ich bin jetzt dazu entschlossen. Endlich begann er mit erhobener Stimme ganz unverständliches Zeug zu schwätzen.

„Hochverehrte Fürstin,“ sprach er, „Sie wissen, Sie verstehen, Sie begreifen, welches Ereignis meine Seele... welche Erregung alle meine Gefühle beherrscht... mich so zuzulagen bewegt... herrlich, innig. Alle meine Gedanken sind gefangen genommen... von dem Schritte, welchen ich vor habe... von dem unüberwindlichen Schritte, der für mein ganzes Leben entscheiden soll... Nun... und selbstverständlich... mein ganzes Herz und meine ganze Seele.“

Seine letzten Worte hörten sich ungefähr so an, als wenn ein Ziegenbock mit seinen Hörnern gegen die Wand rennt, ohne daß er daran denkt, dieselben zu durchbrechen. Pauline mußte unwillkürlich lächeln.

„Und welche Antwort haben Sie für mich, Fürstin?“ fuhr Orwads nach einer Weile fort.

„Da ich von all demjenigen, was Erzellenz bislang gesprochen, keine Silbe verstanden habe, so vermag ich Ihnen zu meinem Bedauern auch nicht darauf zu antworten. Bitte, sagen Sie mir gefälligst mit ein paar Worten, ganz kurz, was Sie wünschen.“

„Aber Sie wissen es ja, Fürstin, und Ihr Vater hat doch schon alles mit mir abgemacht... Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, mit mir einen Herzensbund zu schließen.“

„Ich danke Ihnen verbindlich für die Ehre, welche Erzellenz mir erweisen, allein Sie und ich sind solch grundverschiedene Charaktere, daß jede Möglichkeit, einen Herzensbund zu schließen, von vornherein ausgeschlossen sein dürfte. Was insbesondere mich anbetrifft, so kann ich Sie weder lieben noch achten, wie eine Ehefrau ihren Gatten lieben und achten muß.“

„Erlauben Sie, ich verziehe Sie nicht recht!“ rief Orwads ganz erstaunt. „Es kommt mir aber vor, als wollten Sie mir... einen Korb geben.“ (Fortsetzung folgt.)

ten. Abgelehnt wurde auch die Arbeiterkammer. Hoffentlich läßt der Vorsitzende das Senatsdekret veröffentlichen, damit man auch die Ablehnungsgründe erfährt. Diese Ablehnung zeugt wieder dafür, daß man nicht sozial denkt. Das mangelnde soziale Empfinden gebiert einen kleintlichen Geist, es fehlt in allem die Großzügigkeit. Redner sticht hier die Straßenbahnarbeiten am Holstentor ein, wo zum Nachteil des Verkehrs Besenflugschere getrieben wird. Kleintlicher Geist herrscht auch im Museum, wo aus Sparsamkeit der Hund abgeschafft wurde. Im kleinen Spart und im großen wird mit vollen Händen gegeben. Diäten für die Bürgerchaftsmitglieder müssen endlich auch gewährt werden, das Amt wird dadurch des ehrenamtlichen Charakters nicht einbüßen. Andere Städte bezahlen bereits Diäten und gekümmert ist man auch in Lübeck vom alten Modus abgegangen und hat im Bürgerausschuß ein Abendessen angelangt, nur um die Mitglieder zusammen zu bekommen. In der letzten Zeit leidet diese Körperschaft überhaupt an chronischer Verschlingungsunfähigkeit. Zu wünschen ist überhaupt die baldige Abschaffung des Bürgerausschusses und eine regelmäßige Abhaltung der Bürgerchaftsitzungen, die jetzt manchmal 4 bis 7 Wochen auseinanderliegen. Ein kleintlicher Geist liegt auch in der Aufstellung der Sozialdemokraten von den Behörden und von dem Geschworenengericht. Wir haben uns mehrfach über diesen Punkt unterhalten, vielleicht scheut man, daß wir einen Einblick in die Handhabung mancher Behörden bekommen. Heute werden wir für minderberechtigt gehalten. Ein erster Vertreter der Anklagebehörde, Dr. Wenda, hat im Vaterländischen Verein gesagt, daß man die Sozialdemokraten nicht als ehrenwert bezeichnen könne. Wenn hieraus etwas zu schlussfolgern ist, dann das, daß die Sozialdemokraten als unehrenhaft anzusehen sind. Unter keinen Umständen dürfen wir eine solche Auslegung eines obersten Vertreters der Anklagebehörde hingehen lassen. Die Sozialdemokraten sind in vielen Fällen ehrenwerter als manche Herren, die auf uns loschimpfen und bei jeder Gelegenheit den Staat beschimpfen wo es nur geht. Aus der Mitte der Bürgerchaft heraus muß die Gleichberechtigung der Sozialdemokraten anerkannt werden, sie dürfen nicht von den Körperschaften ausgeschlossen werden. Diese Forderung ist unbedingt notwendig, es kommt dann mehr soziales El in unsere Körperschaften und Behörden hinein, von dem die Senatsdekrete und behördlichen Verfügungen nicht die geringste Spur aufweisen. Gerechtigkeit auch uns gegenüber ist nicht mehr als recht und billig. Also geben Sie uns Gelegenheit in den Körperschaften mitzuwirken. (Leb. Beifall bei den Sozi.)

Senator Eichenburg bestatigt, daß das Budget keinen Anlaß zur Freude bietet, aber schlecht sei es nicht. Hoffentlich werde die wirtschaftliche Lage im kommenden Jahre besser. Das neue Steuergesetz enthalte wesentlich Erleichterungen. Neben dem Erfolg des Wehrbeitrags könne heute keine Ausnahme gegeben werden. Die Deklarationen kämen in den Hansestädten der Wirklichkeit näher als in andern Staaten. Auf die Einzelheiten des Vorredners einzugehen, müße er sich verlagen. Aus dem Konversationshaus erwachsen auch Einnahmen, die die Ausgaben deckten. Unrichtig sei auch, daß Lübeck mit diesem Bau vorangegangen sei. Lübeck habe nur den Beschluß schneller ausgeführt. Der Wohnungsmangel sei eine bedauerliche Erscheinung, wie die Arbeitslosigkeit, die erwartete Not sei nicht eingetreten. Beim Schneeschneefest seien kaum die notwendigen Arbeitskräfte aufzutreiben gewesen. Mit Gewaltmaßnahmen lasse sich das Budget nicht in Einklang bringen.

Dr. Görz behauptet, daß im Bürgerausschuß eine große Arbeitsfreudigkeit herrsche. Doch sei die Arbeitslast so gewaltig geworden, daß Nachmittagsstunden notwendig würden. Unrichtig sei, daß früher kein Abendrot geliefert worden sei. Redigens hätten ja auch von der Linken Herren daran teilgenommen. Sogar die Kommissionen hatten bis 1 Uhr nachts getagt.

Dr. Wenda: Ich habe niemals Veranlassung gehabt, mich darüber zu äußern, wie die Ehrenhaftigkeit einer Partei beschaffen ist. Auch in der betreffenden Versammlung ist dies mit keiner Silbe gesprochen.

Stelling: Jene Neußerung stand im Lübeckischen Amtsblatt, es scheint also, daß dieses falsch berichtet. Dann ist es nicht meine Schuld. Ich weiß auch, daß der Bürgerausschuß ein außerordentlich großes Pensum leistet und keine großen Tagesordnungen. Meistens ist die Arbeit überflüssig, weil sie in der Bürgerchaft noch einmal getan werden muß. Ich habe auch das Elfen nur angeführt, weil es vorher angekündigt worden ist, eine Schlussfolgerung, daß ich es den Herren nicht gönnte, ist daraus nicht zu ziehen, ich hoffe im Gegenteil, daß es ihnen gut gemacht hat. Man sollte auch weiter gehen und den bestehenden Wünschen eines Teiles der Bürgerchaftsmitglieder in bezug auf Diäten entsprechen. Ich habe auch nicht behauptet, den Bürgerausschlußmitgliedern fehle die Arbeitsfreudigkeit. So weit die Mitglieder in den Sitzungen sind, ist sie gewiß vorhanden. Die Herren, die sich hinein wählen lassen, müssen beständig dort sein, wenn es auch einmal vorkommen kann, daß der eine oder andere fehlt. Das Amtsblatt hat tatsächlich die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie propagiere die Arbeitslosigkeit zu Parteizwecken. Davon ist natürlich keine Rede. Wir haben stets mit allem Nachdruck hervor, daß die Gesellschaft ihre Pflicht vernachlässigt, wenn sie sich nicht um die Arbeitslosen kümmert. Weil sie das tut, nehmen wir uns der Arbeitslosen an. Es wurde dann noch angeführt, bei den Schneefällen seien nicht einmal genug Leute aufzutreiben gewesen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Arbeiter im Amtsblatt gesucht werden, das kein Mensch liebt. Bei den Straßenbahndepots hat sich sonst doch bei Schneefällen eine Menge Leute eingefunden, wenn es dieses Jahr bei dem Schneefall nicht zufällig, darf man daraus nicht den Schluss ziehen, die Arbeitslosigkeit sei nicht vorhanden. Daß die Leute versuchen, Arbeit zu bekommen, davon zeugen doch die Arbeitsnachweise, dort können Sie sich über die große Nachfrage der Stellungssehender erkundigen. Daß ich das Konversationshaus rentieren will, glaube ich kaum. Die Seiferei hat ich wohl, allein mir reicht der Glaube. Notwendig war keine Erbauung nicht. Man hat sich in dieser Beziehung nur auf Hoffend bezogen. Ich habe schon auf das Fürstentum hingewiesen, wo man jetzt Wohnungen in ebenfalls solche Häuser zu bauen, trotzdem die finanzielle Belastung dort schon drückend genug ist. Darunter leiden die Kulturaufgaben außerordentlich. Die Seiferei könnte nützlicher verwendet werden.

Aug. Pape ist der Ansicht, daß wir in manchen mehr sparen sollten. Zu befragen sei, daß beim Konversationshaus die Einnahmen nicht immer so hoch bleiben, wie angenommen werde. Beim Stadtheaterrestaurant habe man auch viel erwartet und wenig bekommen. Die Rede Dr. Reuters hätte ebenso gut Senator Dr. Neumann in Nordfriesling gehalten können, nur sei der zu demütig dazu gewesen. Besser wäre es freilich gewesen, ein Lübecker hätte sie nicht gehalten, denn sie habe tatsächlich Schaden gebracht. Herr Prof. Reuter hätte den Kaufmann mehr schämen sollen. Rede er sich mit der Zeitzeit befaßt haben, dann würde er gesehen haben, wie die Kollateralität den Handel geschädigt hat; um ein Drittel ist die Eigenkapitalität seit wenigen Jahren zurückgegangen. Dummerweise dürfte man keine früheren Erfahrungen nicht zum Vorwurf machen. Rede Herr Prof. Reuter selbst mal eine Geschäftsreise unternehmen, dann er zu

andern Anschauungen, als sie in seiner Rede zum Ausdruck kamen. Redner fährt weiter die Leipziger Neuesten Nachrichten und das Lübeckische Amtsblatt an, die Reuters Rede lobten. Im Amtsblatt wechselten die Redakteure häufiger als die Likien auf dem Felde. Man sollte dieses Blatt endlich seines amtlichen Charakters entkleiden.

Dr. Görz wendet sich wiederholt gegen Stelling, der sich gegen die Mitglieder des Bürgerausschusses ungünstig geäußert habe. Ferner geht Redner auf seine politische Ueberzeugung ein, die derjenigen Aug. Papes ziemlich nahe liege, aber auch diejenige des Gegners müsse man achten. Prof. Reuter habe nicht nötig gehabt, seine politische Ueberzeugung zu verdecken. Respekt müsse man vor jedem haben, der seine politische Ueberzeugung vertrete.

Prof. Reuter: Ich werde immer das tun, was ich für Recht halte. Das Lob der Leipziger Neuesten Nachrichten ehrt mich, Herr Stelling hätte den Dank dafür ausprechen müssen, daß das Konversationshaus gebaut wurde, dadurch wurde Arbeitsgelegenheit geschaffen. Interessant war mir, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie miteinander in Fühlung stehen; sonst wird das immer bestritten. Eine Abrechnung ergibt, daß nur 1/4 der aufgetragenen Gelder den Gewerkschaftsmitgliedern zugute kommt, das andere aber für die Verwaltung, Partelzwecke usw. verwendet wird. Wenn man über hohe Steuern klagt, sollte man erst einmal die Ueberforderungen treffen.

Dr. Zehling fragt, wie weit es mit der Verwaltungsreform steht, von der in Bürgerchaftskreisen Ersparnisse von einigen hunderttausend Mark erwartet werden. Ueber das Verantwortlichkeitsgesetz verlaute nichts Weiteres. Schon sei ein Jahr dahingegangen, ohne daß man etwas davon gehört habe. Auch von der Einkommensteuer höre man nichts mehr. Am längsten rückständig seien die Arbeiten bezüglich des Verwaltungsgerichtshofes. Der Senat sollte diese Sachen nicht immer auf die lange Bank schieben. Weite Kreise der Bevölkerung hätten sich gegen das Konversationshaus gewandt, Kreise, in denen man ein solches nicht erwartet hätte. Man sollte jetzt endlich auch mit den Reformen vorgehen, die sicher Ersparungen bringen.

Senator Dr. Zehling: Alle drei Gegenstände, die der Vorredner angesprochen hat werden sehr eifrig und gründlich vom Senat und den Behörden behandelt. In aller nächster Zeit wird die Verwaltungsreform Gegenstand einer Bürgerchaftsverhandlung sein; ob aber die erwarteten Ersparnisse eintreten, darin könne man auch anderer Meinung sein. Das Verantwortlichkeitsgesetz ist der Justizkommission überwiegen, der Bericht liegt vor und der Senat wird seine Zusage halten. Auch auf das Verwaltungsrecht wird die Bürgerchaft nicht mehr lange zu warten haben.

Senator Eichenburg hofft im nächsten Jahre auf ein günstigeres Budget, das in diesem Jahre durch besondere Ausgaben belastet wurde.

Aug. Pape hält es wiederholt für verkehrt, daß ein Lübecker in Hensburg diese Rede hielt, das hätte ja auch ein anderer Allddeutscher tun können. Der Vorsitzende des Hansabundes habe betont, daß Politik nicht gerade der Charakter, wohl aber das Geschäft verderbe. Dem müsse man beipflichten.

Stelling wendet sich gegen die Auffassung Prof. Reuters, daß sich die Sozialdemokraten über den Konversationshausausbau freuen müßten, weil dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen worden sei. Würden wir heute etwa beantragen, eine sehr notwendige Gewerkschaftsherberge zu errichten, und würden dabei anführen, daß dadurch die Arbeitslosigkeit gemildert werde, dann wäre Prof. Reuter gewiß dagegen. Allerdings, wo es sich darum handelt, für die Anhänger Ihrer Gesellschaftslehre etwas zu schaffen, da ist alles recht. Ich wundere mich, daß Sie sagen, wir hätten dafür eintreten müssen. Wir haben schon diverse Male betont, daß wir nicht dafür zu haben sind, Arbeiten zu bewilligen, nur um solche auszuführen; sie müßten schon der Allgemeinheit zum Nutzen sein. Derselbe Herr meinte, die Arbeiter hätten keine Ursache, sich über zu hohe Steuern zu beklagen, da sie zwei Drittel der Gewerkschaftsgelder für Partel- und Verwaltungszwecke verwendeten. Zunächst sei betont, daß auch die Arbeiter gerne Steuern bezahlen, soweit diese ihrer Leistungsfähigkeit angepaßt sind, sie wehren sich aber gegen Steuern für kulturwidrige Zwecke, für die gerade Prof. Reuter der erste Streiter ist; ich meine die Rüstungen und die Hege dafür. Prof. Reuter mag wohl ein guter Schulmann sein, ich kann es allerdings nicht beurteilen, aber von Gewerkschafts- und Wirtschaftspragern versteht er so viel, als die Kuh von der Bibel. Daß Gewerkschaftsbeiträge nicht für die Partei verwendet werden, müßte er wissen. (Zuruf G. Ehlers: Weich er auch!) Der Köhner Prozeß hat gerade erwiesen, daß der weitaus größte Teil der Gewerkschaftsbeiträge für Unterhaltungen wieder ausgegeben wird. Dann ist nicht zu vergessen, daß dies Geld nicht gezwungen, sondern freiwillig gezahlt wird. Wenn Prof. Reuter trotzdem diese Behauptungen aufstellt, dann hat er sie direkt aus den Fingern gezogen, um der Arbeiterbewegung eins auszuwichsen. Wir stellen auf Wunsch jedem das Material zum Beweise unserer Behauptungen zur Verfügung. (Beifall b. d. Sozi.)

Der Wortführer: Sie dürfen nicht sagen, ein Bürgerchaftsmitglied habe sich eine Behauptung aus den Fingern gezogen.

Prof. Reuter: Herr Pape hätte über die ganze Sache schweigen sollen. Auf das andere gehe ich nicht ein, die Freiheit der Sozialdemokratie ist ja bekannt, darüber könnte man lange reden.

Bade (Schluß) meint, daß Schluß nichts das Budget Belastendes gefordert habe, obwohl gerade die Wege sehr verbesserungsbedürftig seien. Schluß zahlte etwa 30 000 Mark Einkommensteuer, 15 000 nach dem gemeinen Wert und 4000 Mark Schulden. Schuld der andern Ortschaften sei es nicht, wenn für Trademünde mit keiner eigenen Behörde so viel Aufwendungen gemacht werden müßten.

Neumann (Schluß) erinnert an die Ungunst, unter der die freiwilligen Feuerwehren im Landgebiet leiden. Er wünscht mehr Unterstützung von den Bürgern und vom Staat. Die Fuhrwerksbesitzer müßten beim Brande entschädigt werden.

Dr. Rittern weist auf die Budgets der anderen Staaten hin, die einen ordentlichen und einen außerordentlichen Etat aufweisen. Eine solche Teilung müßte auch hier grundsätzlich vorgenommen werden, sie bilde das Fundament einer soliden Wirtschaftsführung. In Lübeck werde der Gedanke der Progression zu viel propagiert, es sollte damit beim Einkommensteuergesetz kein Bemühen haben. Gerade beim Wehrbeitrag sei die Progression noch oben horrend. Das Schulgeld und die Beerdigung sei nach der Progression eingerichtet. Auch im Privatleben werde die Progression angewandt, so daß bestimmte Kreise für ihre Einkünfte mehr bezahlen müßten. Dadurch werde das höhere Einkommen mancher Beamten wieder illusorisch gemacht. In einem kleinen Staatswesen würde auch die Einkommensteuer nicht gut, sie fördere den Abzug und unterbinde den Zugang. Jetzt wäre der Zeitpunkt für deren Aufhebung gekommen, die Erträge seien sowieso schwach. Es wäre zu erwägen, an Stelle der jetzt unzulässig wirkenden Erbschaftsteuer eine milde Vermögenssteuer zu legen.

Senator Eichenburg erhebt aus einem geteilten Munde für unser kleines Staatswesen keinen Anhang. Mit der Erbschaftsteuerfrage tenne der Vorredner offene Türen

ein. Die Sätze für diese Steuer seien sehr hoch, aber Abänderungen seien deshalb nicht vorzuziehen. Auch könne man unterbundenen Zugang nicht nachweisen. Der Senat habe die Steuerbehörde beauftragt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, denn lange würde diese Steuer nicht mehr erhoben werden können. Eine mäßige Besitzsteuer werde wohl an ihre Stelle treten.

Es folgt die Einzelberatung.

Fischerei und Rohergewinnung.

Thiele erfaßt, das Verbot des Angelns in der Wakenitz von der Badeanstalt Falkendamm bis zur Molltebrücke aufzuheben. Es sei besser, wenn die Leute angelten als im Wirtshause sitzen. 111 Einwohner der Wakenitz hätten ohne Eingabe um Aufhebung des Verbots an den Senat geschrieben, die ablehnend beschieden worden sei. Redner stellt ein Ersuchen, das auch eine Angelkarte für 3 Mark heißt.

Senator Dr. Neumann: Wenn es zur Einführung von Angelkarten kommen sollte, dann kann es bei 3 Mark nicht bleiben, denn einzelne Angler verdienen damit sehr viel. Der Umfang des Angelns ist so groß geworden, daß das Gewerbe der Berufsfischer beeinträchtigt wurde. Aber im wesentlichen war das Verbot notwendig im Interesse der öffentlichen Ordnung. Manche haben das Angeln übertrieben, mit verbottenen Mitteln und mit mehreren Angeln zugleich gefischt. Das Benehmen der Angler dem Publikum und den Beamten gegenüber war nicht immer einwandfrei. Die Anpflanzungen am Ufer wurden verdorben und alle Mahnungen blieben erfolglos. Diese Gründe haben zum Verbot geführt. Angelkarten werden vielleicht in beschränkter Anzahl eingeführt, aber zu wesentlich höherem Preise.

Grünau hebt hervor, daß durch die Abwässer am Hochofenwert 50 000 Stück Heringe zugrunde gegangen sind. Er wünscht Vorkehrungen, um die Schädigungen zu verhindern.

Senator Dr. Neumann: Das große Fischsterben ist Tatsache, es schweben Erwägungen, wie dem abgeholfen werden kann.

Stelling unterstützt die Anrede Thieles. Es kommen nicht nur die Arbeitslosen in Frage, sondern auch kleine Beamte und Leute aus dem Mittelstand, die keine Ferienreifen machen können. Für diese bedeutet das Angeln eine Erholung. Ich kann mich für Angelkarten nicht erwärmen, schon wegen des hohen Preises nicht. Im Prinzip bin ich gegen Angelkarten, weil danach das Angeln gewissermaßen gewerbmäßig betrieben werden kann. Geht man noch höher hinaus, schafft man für die Bessersituierten ein Privilegium. Die Fischer in der Wakenitz werden durchaus nicht geschädigt. So schlimm, wie der Senat glaubt, sieht die reiche Ernte der Angler denn doch nicht aus. Mancher Arbeitslose und Beamte steht den ganzen Tag und fischt so gut wie nichts. Der Oberfishmeister erklärte doch selbst, daß die Berufsfischerei in der Wakenitz recht lohnend war, man kann also von einer Schädigung nicht reden. Der weitere Einwand von Belästigungen des Publikums trifft höchstens für einige hysterische zu. Viele schauen der Unterhaltung wegen den Anglern zu, die Beschädigung der Bischen usw. kommt mehr auf das Konto spielender Kinder. Ich erlaube, dem Wunsche des Herrn Thiele zuzustimmen, die Frage zu prüfen, das Verbot aufzuheben und von einer Bezahlung Abstand zu nehmen. Statt Karten in beschränkter Zahl auszugeben, sollte es beim alten Zustand belassen werden.

Senator Dr. Neumann verliest eine Eingabe des St. Gertrud-Vereins gegen die Angler, die meistens dem Arbeiterstande angehören. Viele Arbeitscheue seien darunter, die statt zu arbeiten, angelten und vorübergehende anständige Damen belästigten. Tierquälerei sei meistens damit verbunden, denn die Fische werden lebend in den Beutel geworfen. Thiele weiß von Belästigungen nichts, vielleicht sei auch einmal ein Rowdy darunter. 20 Mark für die Karte würden viel zu viel sein. Man könne ja zwei Art Karten ausgeben, billige und teure.

Dr. Wittern bedauert das große Fischsterben beim Hochofenwert und begründet die Maßnahmen dagegen. Bei der Herrichtung des Flugzeugplatzes müsse auf die Interessen der Fischerei Rücksicht genommen werden.

Senator Dr. Neumann sagt dies zu.

Stelling befreit, daß es sich bei den Anglern um arbeitscheue Leute handle. Die Angler seien meistens anständige Arbeiter und viele kleine Beamte, Gerichtsschreiber usw., die doch nicht zu den Arbeitscheuen zählten. In der Eingabe werde mit unwahren Behauptungen operiert. Es handle sich bei den Anglern im allgemeinen um hochanständige, brave Leute.

Senator Dr. Neumann: Die Eingabe des Vereins decken sich im wesentlichen mit den behördlichen Berichten. Behörde für Trademünde.

Hahn wünscht Aenderung des Namens: Konversationshaus.

Senator Dr. Zehling: Es soll in Zukunft „Städtischer Kursaal“ heißen.

G. Kleinpell weist auf die wirtschaftliche Bedeutung des Hochofenwerks für Lübeck hin. Rund 155 000 Mark Einnahme habe der Staat außer der fünfprozentigen Verzinsung seines Kapitals. Eine weitere stehende Einnahme stehe bei vor. An Lohn und Gehalt werde über 1 Million bezahlt, woraus wieder 50 000 Mark Einkommensteuer entrichtet werde. Die mit dem Hochofenwert verknüpfte Nebenindustrie biete weitere Vorteile für den Lübeckischen Staat. Die Stadt hätte eine Gasanstalt für 1 1/2 Millionen errichten müssen, wenn wir kein Hochofengas hätten. Rechnet man dazu eine 10prozentige Verzinsung, dann ersieht man erst den Nutzen des Hochofenwerks, das die Vorwürfe, die vor einiger Zeit in der Bürgerchaft erhoben worden seien, nicht verdient. Die Leitung des Werks werde dafür sorgen, daß den Lübeckischen Gewerbetreibenden und Kaufleuten ihr Recht werde, so weit es das Interesse des Werkes zulasse. Das Werk stehe dem Lübecker Detailhandel wohlwollend gegenüber, es habe bei 190 Firmen für über 500 000 Mark eingekauft. Die Konsumanstalt habe für 120 000 Mark in Lübeck eingekauft. Das Hochofenwerk habe Gründe, um einzelne Leute von den Arbeitern fernzuhalten. Insbesondere die Abzahlungsgeschäfte drängten sich an die Arbeiter heran. Frauen seien Klagen für 36 Mark bei 1 Mark Anzahlung aufgehängt worden. Das sei ein ungehörter Zustand. Der Vorwurf wegen Errichtung einer eigenen Kolonie sei unberechtigt, diese habe das Werk aus bitterer Not heraus errichten müssen.

Kadden bepricht die eigenartigen Zustände auf dem Hochofenwert, die der Vorredner verschwiegen habe. Auf dem Werte sei vieles verbesserungsbedürftig, insbesondere was die arbeitende Klasse anlangt. Auch sei die dortige Verordnungsung mit ihren 34 Paragraphen ein eigenartiges Ding, das fast in jedem einzelnen Paragraphen Strafen aufweise. Der § 29 enthalte einen Absatz, der zur Denunziation der Arbeiter auffordere, und obendrein den Denunzianten Verschwiegenheit zusichere. Zwei Drittel der Arbeiter seien Ausländer, stammten aus Galizien, Böhmen und Polen, während die hiesigen Arbeiter nur partiell vertreten seien, und zwar aus dem einfachen Grunde weil die Arbeitsverhältnisse außerordentlich ungünstig seien. Die Hausordnung der zur Miete wohnenden Arbeiter lege diesen alle Reparaturkosten auf; von diesen befreit würden die Bewohner wahrhaftig nicht nur, wenn das Haus abbruchreif sei. Bei den zahlreichen Unfällen merke die Schuld den Arbeitern zugeschoben. Da gegen klagten die dortigen Arbeiter, daß im Arbeitssystem

Fein Einklang herrsche, was aus der großen Zahl fremder Arbeiter resultiere, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien. Wenn die Aufseher und Vorarbeiter verkehrte Anordnungen treffen und es ereignet sich ein unvorhergesehener Zwischenfall, dann verständigen sich die Arbeiter nicht und führen das Gegenteil von dem aus, was ihnen aufgegeben sei. Die Löhne stehen viel zu wünschen übrig. Für Platzarbeiter werde bei 10stündiger Arbeitszeit 3,50 Mark Tagelohn bezahlt, das meiste werde im Afford hergestellt. Die am Hochofen Beschäftigten wühlten überhaupt nicht, was sie verdienen, am Ende des Monats erst werde ihnen eine Abrechnung gegeben. Redner geht ferner auf das Gewerbegerichtsurteil hin, das 13 Arbeitern bei Zurückverweisung einer Klage aus zweiter Instanz den eingeklagten Lohn zuerkennt mußte. Jeder dieser Eisenbesitzer forderte eine größere Nachzahlung vor diesem Gerichte, bei dem das Hochofenwerk ständiger Gast sei. Zwei Jahre habe dieser Prozeß gedauert, und bei der Verurteilung habe sich das Hochofenwerk noch geweigert, den vollen Betrag zu zahlen, nur von 1911 ab wolle es die Nachzahlung leisten. Dabei kamen nur 4 Arbeiter in Betracht, die anderen waren in der Welt zerstreut. (Unsere Lesern sind die Einzelheiten aus den Berichten bekannt.) Auf dem Hochofenwerk könnten bessere Zustände herrschen, aber die hermetische Abschließung der Arbeiter von der Außenwelt verhindere dies. Wer Verwandte oder Bekannte besuchen wolle, habe mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als in der Kaserne. Eine Besserung müsse dort in dieser Beziehung endlich eintreten. Als das Werk gebaut wurde, hoffte man, daß auch einheimische Arbeiter dort beschäftigt würden, aber bei den jetzigen Zuständen befänden sich diese nicht wohl. Solche Zustände würden von den deutschen Arbeitern nicht gebilligt. Fast überall habe sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß dort das Arbeitsverhältnis am besten sei, wo sich organisierte Arbeiter befinden. Mit diesen sei in jeder Beziehung besser zu arbeiten als mit Unorganisierten. Die jetzige Situation auf dem Hochofenwerk bedürfe dringend der Abhilfe.

Albers findet die Ausführungen Reimpells erfreulich, befreit jedoch das große Entgegenkommen des Hochofenwerks an die Detaillisten. Arbeiter, die in Lübeck käuften, müßten ihre Pakete verstanden.

Thiele glaubt, das Herr Reimpell einseitig unterrichtet ist. Seine, Thieles, eigene Firma habe früher auch auf der Lieferantliste gestanden, sei aber gestrichen worden, als er in der Wägerei verschiedene Zustände des Wertes kritisiert habe. (Hört, hört!)

G. Reimpell verliest eine Erklärung des Direktors, nach der keinem Arbeiter bei seinen Einkäufen Vorschriften gemacht werden.

Faense bemerkt, daß auf dem Werke von unsachverständigen Leuten Einrichtungen hergestellt werden.

Dr. Wittern: Es wäre noch schöner, wenn das Werk den Arbeitern Vorschriften über die Einkäufe machen würde. Ueber die Eintrittsverweigerung hat ein Geschäftsmann Klage erhoben, die noch schwebt.

Hundesteuer.

Böhlert: Bei der Hundesteuer ist nur ein Betrag von 33 400 Mk. eingestellt, während er 1913 noch 85 400 Mk. betrug. Daraus schließt er, daß das Polizeiamt der Ansicht ist, nach der neuen Senatverordnung werde eine Verminderung der Hunde eintreten. Vor einiger Zeit ist diese Verordnung hier scharf gekennzeichnet worden. Allerdings bin ich nicht der Ansicht, wie sie die Lübeckischen Blätter dieser Tage äußerten, daß diese Verordnung den Zugang der Rentner erschwere. Kritik verdienen aber die vielen Strafen, die in letzter Zeit erhoben wurden und die nicht berechtigt erscheinen. Der § 7 befragt, daß für Hunde, die außerhalb der Häuser oder Grundstücke eingefangen werden, Fang- oder Strafgeld zu bezahlen ist. Es kommt doch häufig vor, daß ein Hund auf kurze Zeit aus dem Hause läuft, ohne daß er jemand belästigt oder Beschädigungen anrichtet. Ist ein Schutzhund in der Nähe, muß gleich Strafe dafür bezahlt werden. Auf diese Weise habe ich auch 3 Mk. erhöhte Hundesteuer bezahlen müssen, obwohl mein Hund weder Leute angebellt noch sonst etwas angestellt hat. Eine solche Verordnung wäre nur dann am Platze, wenn dadurch wirkliche Schäden beseitigt würden. Das ist hier jedoch nicht der Fall. So gibt sie zu mancherlei Schikanen gegen die Hundebesitzer Veranlassung. Vielleicht will man dadurch bei ihnen Ärger aufhäufen, um die Hunde abzuschaffen. Ich möchte wissen, ob für das Einfangen oder Anzeigen Prämien ausgesetzt sind. Sollte das der Fall sein, dann würde ich das bedauern, denn die Schutzhunde müssen doch wohl in erster Linie auf wichtigere Dinge achten, als auf herumlaufende Hunde. Die ganze Verordnung ist nur eine Folge der Haltung der Bürgerchaft, die keine Hundesteuererhöhung wollte. Ich bedauere, daß der Senat in dieser Weise vorgeht, um seinen Willen durchzudrücken. Die Verordnung bezweckt nicht in erster Linie die Straßen rein zu halten, sondern die Hundezahl zu verringern und die Hundebesitzer zu schikanieren.

Senator Dr. Neumann: Die Verordnung ist gleichzeitig mit dem neuen Hundesteuergesetz vorgelegt worden. Nachdem das Gesetz abgelehnt wurde, hatte der Senat keine Veranlassung, auch die Verordnung zurückzuziehen.

Röster fragt, ob die Bestimmung gesetzlich zulässig sei, die gefangenen Hunde nach drei Tagen zu verkaufen oder zu töten.

Senator Dr. Neumann: Ein gerichtliches Verfahren darüber schwebt.

Thiele möchte die Verordnung nicht zu scharf angewandt wissen. Man dürfe die Möglichkeit der Hunde als Wächter nicht vergessen.

Gewerbliche Abgaben.

Lange möchte bei den Stehbleihallen andere Maßnahmen getroffen wissen. Müstes Lärmen und Klappern der Knobelbocher werde am Sonnabend häufig vernommen. Der Lohn des Mannes werde der Frau dadurch vorenthalten. Diese Stehbleihallen müßten mit dem Geschäftsschluß auch zumachen.

Senator Dr. Neumann: Neue Stehbleihallen sind in den letzten Jahren nicht entstanden. Man kann die Stehbleihallen nicht unter ein Ausnahmengesetz stellen, das müßte zugleich bei den andern Wirtschaften auch geschehen.

Grünau fragt, ob der Senat beabsichtigt, der Bürgerchaft einen neuen Gewerbesteuerentwurf vorzulegen.

Senator Dr. Neumann vernimmt dieses.

Thiele hält das Branntweinverbot im Kleinhandel für überflüssig. Der Schnaps werde am Abend vorher gekauft.

Senator Dr. Neumann: Das Verbot ist auf Ersuchen der Trinkerfürsorgestellen erlassen, auch in andern Staaten wird es eingeführt. Eine Aufhebung ist ausgeschlossen.

Lange stellt einen Antrag, der gesetzliche Vorgehen gegen zu frühes und zu spätes Offenhalten der Stehbleihallen fordert. Sitzgelegenheit sollte man darin nicht dulden.

Senator Dr. Neumann: Um die Sitzgelegenheit in Stehbleihallen aufzuheben, bietet die Gewerbeordnung keine Handhabung.

Dr. Bötz ersucht um Zurücknahme des Antrages, damit man die Anträge prüfen könne. Vielleicht lasse sich eine

Differenzierung zwischen Wirtschaften und Stehbleihallen schaffen.

Aug. Bape wünscht eine Berücksichtigung der Eingabe der Markthändler, die für 7 Tage Steuer zahlten. Es handle sich ja nur um selbstständige Personen, die am Sonntag verkaufen wollten.

Wortführer Dimpfer: Die Eingabe ist regelrecht erledigt worden, Wortmeldungen fanden damals nicht statt.

Lange zieht vorläufig den Antrag zurück.
G. Ehlers: Der Antrag Langes kann niemals angenommen werden, obwohl die große Mehrzahl der Bürgerchaftsmitglieder damit einverstanden ist, daß die Unmäßigkeit einzelner Gäste nicht die Oberhand gewinnt. Auch wir und 99 Proz. der Lübecker Wirtze sind dieser Ansicht. Uns sind die von Herrn Lange geschilderten Gäste die unsympathischsten, die uns die größte Unlust zum Gewerbe und zur Arbeit schaffen. Man darf jedoch bei den Stehbleihallen nicht verkennen, daß viele anständige Arbeiter ihre Besucher bilden, die schnell eine Erfrischung genießen wollen. Es handelt sich auch nicht immer nur um Arbeiter, die große Schnäpse hinuntergießen. Es ist gewiß nicht zu verurteilen, wenn der Mensch nach des Tages Last sich ruhig an den Tisch setzt und sein Glas trinkt; es ist dies auch genussreicher als das rasche Hinunterkippen. Das Uebermaß bekämpfen wir alle.

Gebühren.

G. Ehlers führt ein Stück Bureaukratie an, die sich beim Eichamt herausgebildet hat. Die Geschäftsleute erhalten nach der Nachweisung eine Bescheinigung, die von zwei Beamten unterfertigt wird. Den Betrag von 15 Pf. können sie aber nicht gleich an Ort und Stelle entrichten, das ist erst einige Zeit später auf dem Polizeiamt statthaft, wo wieder zwei Unterschriften auf das Papier gesetzt werden. Wer den Zeitpunkt verpaßt, muß noch 20-30 Pf. Strafe bezahlen. Die ganze Geschichte müßte man doch gleich beim Eichamt erledigen können. Ein weiterer Bureaukratenstreich müßte ein Arbeiter erleben, der in der Brandenburger Chaussee wohnt, in Lübeck seine Steuern bezahlt, vor dem Stadt- und Landamt aber bei einer Todesfallmeldung nach Schluß mit dieser Anzeige verwiesen wurde, während die Beerdigung in Herrnhurg zu geschahen hatte. Der dortige Pastor forderte dann noch eine Bescheinigung vom Gemeindevorsteher in Westlo. Dadurch verläumte der Arbeiter einen ganzen Tag. Zu den ausgetandenen Schmerzen geht er noch eines Tagelohns verlustig. Diese Art Bureaukratismus wird ja bis zur Lächerlichkeit getrieben.

Senator Dr. Neumann: Es wird hier beim Eichamt nicht beschwerlicher gemacht als anderwärts. Die Prüfung und Erhebung darf bei uns nicht von denselben Beamten erfolgen. Diese Trennung ist prinzipiell durchgeführt, wie bei jedem geordneten Rassenwesen. Den zweiten vom Redner angeführten Fall verteidigt der Senator ebenfalls. Es sei nicht anders zu machen.

G. Ehlers: Wenn die Steuern nach Lübeck entrichtet werden müssen, sollten auch die anderen Gebühre hier erledigt werden können. Der Herr Senator tritt, wenn er glaubt, diese Trennung sei bei allen Rassen durchgeführt. Bei der Polizeistundenverlängerung wird auch gleich an derselben Stelle gezahlt.

Senator Dr. Neumann sagt hierauf Änderung zu, soweit es möglich ist.

Röster kommt auf das Gerichtskostengesetz zu sprechen und empfiehlt Gerichtskostenmarken für kleinere Beträge.

Dr. Thiele: In einem Kino sind den Kindern Bilder gezeigt worden, die nicht angebracht waren. Stordnet Zustände seien auch beim Schluß der Vorstellung nicht vorhanden gewesen.

Senator Dr. Neumann erwidert, daß ihnen menschlich sei. Die Filme würden vorher geprüft.

Dr. Thiele fragt, ob die Beamten auch das erforderliche Verständnis hierzu hätten.

Senator Dr. Neumann: Es sind ein Wachtmeister und ein Kommissar, denen früher pädagogische Hilfskräfte zur Seite standen. Das ging auf die Dauer nicht, weil für die Helfer zuviel Zeit verloren ging.

Dr. Benda weist darauf hin, daß die Filme, die wissenschaftliche Vorkführungen bieten sollten, an sich technisch schlecht gewesen seien. Die Darstellung sei nicht moniert worden.

Feuerlöschwesen.

Maack (Vorrade) fragt, wie es mit dem Feuerlöschwesen in den Eingemeindungsgebieten stehe. Es sei vorgekommen, daß die Mitwirkung verweigert worden sei, weil die Meinung vorgeherrschte habe, die städtische Wehr habe einzugreifen.

Senator Dr. Neumann: Es bleibt alles beim alten; die Kommandolente haben den Gehorsam zu fordern.

Grünau wünscht Verbesserung der Travemünde Feuerwehre. Eine Revision sei schon früher ins Auge gefaßt worden, bisher habe man nichts mehr gehört. In der freiwilligen Feuerwehre beteiligten sich nicht genügend Bürger.

Niemann (Schlutup) wünscht wie der Vordredner Verbesserung der veralteten Feuerlöschordnung.

Genze erklärt, wenn auch anerkannt werden müsse, daß in der Feuerwehrgeschichte keine Änderung eintreten könnte, so wäre es vielleicht doch möglich, in den eingemeindeten Orten, wo größtenteils Arbeiter wohnen, Ausnahmen zu machen. Die Arbeiter könnten meistens doch nicht helfen, weil sie anderwärts beschäftigt seien. Sie empfänden es als Belästigung, zur Zwangsfeuerwehre herangezogen zu werden. Die Moislinger Arbeiter wünschten vom Zwangsdienst entlassen zu werden.

Senator Dr. Neumann: Das ist eine Frage von finanzieller Tragweite. Wird das in Moisling eingeführt, kämen auch die anderen Orte.

Genze: Zwischen Moisling, Schlutup und Travemünde besteht denn doch ein Unterschied. Moisling ist mit Lübeck wirtschaftlich schon verbunden. Die Nähe des Ortes berechtigt den Wunsch. Während der Wochentage können sich Arbeiter doch nicht an den Röscharbeiten beteiligen.

Bade (Schlutup): Bei der Eingemeindungsfrage ist vorgeesehen worden, daß das Feuerlöschwesen so wie bisher bestehen bleiben soll. Empfehlenswert wäre vielleicht das Loskaufen vom Zwangsdienst und Berechnung nach dem Einkommen. Mancher Bessergestellte würde gern 100 Mk. ausgeben, wenn er vom Dienst unter der Kontrolle eines vielleicht sonst unter ihm Stehenden entbunden würde.

Maack (Vorrade) fragt, ob die Feuerwehren aus andern Ortschaften sich gegenseitig Hilfe leisten müßten.

Senator Dr. Neumann bestätigt dieses. Andernfalls setze es Strafen ab.

Polizei- und Gesundheitswesen.

Fußt ersucht um Antwort, wie weit die Prüfung des Tuberkuloseuntersuchungsverfahrens gediehen sei.
Senator Dr. Neumann kann noch keine bestimmte Antwort geben. Eine Einigung über die Kosten sei nicht zu erzielen gewesen, pro Ruh betragen sie 1,80 Mk. Die ländlichen Interessenten wollten nur die Hälfte tragen, weil die städtischen dasselbe Interesse an der Untersuchung hätten, wie die Landwirtschaft. Das Medizinalamt könne sich mit diesem Vergleich nicht einverstanden erklären.

Wachmann hofft nicht, daß die Straßenreinigung schlechter als bisher wird. Redner bemängelt ferner das zwiespältige Vorgehen eines Schuhmannes einem Fuhrmann gegenüber.

Stelling erkundigt sich nach den kolossal gestiegenen Ausgaben für Polizeihunde. Das System dieser Hunde lasse viel zu wünschen übrig, die auf sie gesetzten Erwartungen seien nicht eingetroffen. Da sei die Frage, ob die vielen Ausgaben am Platze seien, angebracht. Vielleicht wolle man den Hunden Helme aussetzen.

Aug. Bape bringt Wünsche vor, nach denen die auswärtigen Stadler nicht den hiesigen gegenüber bevorzugt werden sollen. Die Nummern sollen danach fallen.

Senator Dr. Neumann: Die Ausgaben für Polizeihunde sind durch das Eingemeindungsgebiet und die Holzlagerplätze entstanden. Die Möglichkeit der Polizeihunde ist allgemein anerkannt.

Dr. Schlomer: Früher sind über die Milchkontrolle Berichte erschienen, heute wissen wir nicht, wie es damit steht. Wünschenswert wäre, diese Kontrolle stärker auszuüben. An anderen Orten werden die Ergebnisse veröffentlicht, das könnte auch hier geschehen. Durch den Wettstreit würde Gewähr für gute Milch geboten. In manchen Milchgeschäften herrschen Übelstände, es ist sogar vorgekommen, daß die Milch im Schlafzimmer aufbewahrt worden ist. Redner bespricht ferner das Verhältnis der privaten Sanitätschwestern, die mit der Kirchengemeinde in Verbindung stehen. Mit den Leistungen der Schwestern sei man zufrieden, an der Opferwilligkeit sei nichts auszusetzen, aber diese Institution biete nicht das, was heute verlangt werden müsse. Viele Leute versagten sich diese Hilfe, weil sie mit dem Wohltätigkeitsverein und der Kirche in Verbindung stehe. Sie lagten sich, beim Erscheinen der Schwester lasse auch der Pastor nicht lange auf sich warten, und das sei für manchen Patienten unangenehm, denn er glaube, daß dann auch der Tod nahe. Dadurch trete oft eine Verschlimmerung des Krankenzustandes ein.

Senator Dr. Neumann: Die Ansätze für eine städtische Krankenpflege sind bereits vorhanden.

Goff kommt auf die behördlich geschlossenen Wohnungen an der Untertrave zu sprechen. Diese Maßnahmen, eine Folge des letzten Hochwassers, seien denn doch zu hart für kleine Hausbesitzer. Gewiß entbehrten jene Wohnungen jedes Komforts, doch hätten sie bisher zu gesundheitlichen Schäden nicht geführt. Eine nachträgliche Taxierung habe sogar eine höhere Summe ergeben, woraus doch zu schließen sei, daß die Wohnungen sich nicht verschlechtert hätten. Das Vorgehen sei eine Ungerechtigkeit. Wünschenswert wäre es, der Staat würde den ganzen Häuserblock ankaufen, niederreißen und bewohnbare Häuser errichten. Durch die Maßnahmen seien Hypotheken verloren worden. Eine reifliche Prüfung müsse erfolgen.

Senator Dr. Neumann: Die Räumung der Wohnungen in Blohm's Gang ist nach eingehender Beschichtigung beschlossen worden. Nur in den äußersten Fällen wird so vorgegangen. Einige wurden nur für bestimmte Zeit zum Ausziehen geschlossen.

Genz (Wülmsch) tritt für teilweise Kostentragung der Tuberkuloseuntersuchung ein.

Förster begrüßt die Schließung der Wohnungen im Hellgrünen Gang. Sie seien vollkommen wohnungsunfähig gewesen.

Böbs kommt auf die Zensurbehörde in Travemünde zu sprechen. Nach seinen Ermittlungen treffe gerade das Gegenteil von dem ein, was in einer früheren Bürgerchafts-sitzung vom Senat behauptet worden sei.

Stadt- und Landamt.

Löwigt: Die Moislinger Arbeiter wünschen, daß die Geschäftsjuden des Stadt- und Landamtes für sie günstiger gelegt werden. Bis jetzt war um 12 Uhr Bureau-schluß. Während der Arbeitszeit können die Arbeiter keine Meldungen machen, ohne daß ihnen Arbeitsverdienst, den sie notwendig brauchen, entgeht. Herr Legtmeyer ist ja, wenn er anwesend ist, auch außerhalb der Geschäftszeit bereit, Meldungen entgegenzunehmen, wünschenswert wäre jedoch die Ausdehnung bis 1 Uhr oder abends. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Schlutup, wo gleichfalls entsprechende Änderungen notwendig sind. Auch einen Briefkasten für Mitteilungen sollte man dort anbringen.

Dr. Schlomer fragt, wofür die 2000 Mark der Jugendpflege gedacht seien.

Senator Dr. Neumann: Die Summe soll für gemeinnützige Zwecke der körperlichen Jugendpflege und solche Organisationen verwandt werden, die vaterländische Bestrebungen verfolgen.

Dr. Schlomer: Ich bitte die Summe abzulehnen. Unter gemeinnützigen Bestrebungen wird das Gegenteil verstanden von dem, was wirklich gemeinnützig ist. Die Begeisterung der Jugend für Krieg und Kriegsspiel führt zur Verrohung und nicht zur Erziehung der Jugend. Eigenartig ist schon das Straßenbild, wenn sich die Jugend in kriegerischer Ausrüstung zeigt. Offiziere und Unteroffiziere sehen ihm Unterstützung zu den Kriegsspielen. Wir haben nicht nur von auswärts Beispiele, daß diese Erziehung keine Erziehung, sondern Verwilderung erzielt, die ja auch durch Schießereien der hiesigen „patriotischen“ Jugend bekräftigt wird. Der Jugend wird ein derartiges Selbstbewußtsein eingeimpft, daß sie der Meinung ist, sie sei mehr als jeder andere. Das hat sie auch durch Stellung der Brandbombe beim Feuer auf Bolts Holzlager erwiehen. Ich bitte Sie zu verhindern, daß Mittel zur Entartung der Jugend bereit gestellt werden. Lehnen Sie den Posten ab.

Die Position wird darauf unverändert angenommen.
Donnerstag: Fortsetzung.
Schluß 11 Uhr 10 Min.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitages. Partei-Ausschuß und Parteivorstand haben in ihrer Sitzung vom Dienstag beschlossen, auf die Tagesordnung des Parteitages, der bekanntlich im September in Würzburg stattfinden wird, folgende Gegenstände zu legen: 1. Militärstaat und Demokratie (Referent: Genosse Dr. Genz). 2. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrecht (Referent: Genosse Wollenbuhr).

Eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse. Der Zentralbildungsausschuß beruft auf Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. April, eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse ein. Die Konferenz findet im Bureau des Zentralbildungsausschusses, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, statt und beginnt am Sonnabend abend 6 Uhr. Nähere Mitteilungen über die Konferenz erfolgen in dem Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses, das in den nächsten Tagen erscheint.

Die Rote Woche in Belgien. Das Bureau des Nationalrates der belgischen Arbeiterpartei hat nunmehr die Woche vom 5. April bis zum 12. April, die Rote Woche, als Woche für das allgemeine Wahlrecht ausgeschrieben. Für Sonntag, den 5. April, sollen die Föderationen in allen größeren Orten Versammlungen vorbereiten, die sich mit der Petition um das allgemeine Wahlrecht zu befassen haben. Die Woche soll dann zur Sammlung von Unterschriften für die Petition dienen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Sonntag der Steinhägerbrennerei H. C. König in Steinhagen wird uns vom Bielefelder Gewerkschaftsartikel geschrieben: Ausgangs Februar berichteten wir, daß die Arbeiter der Steinhägerbrennerei H. C. König in Steinhagen mit einem Schreiben operieren, nach dessen Inhalt die Differenzen mit der Firma beigelegt seien resp. keine beständen. Dieser Vorgang spielte sich in der Zwickauer Gegend ab. Jetzt kommt die Kunde aus dem Süden, daß dort in ähnlicher Weise operiert wird. Hier ist ein Auszug aus einem Schreiben des Herrn König an seinen Generalvertreter Stein in Mannheim, das Herr Stein der dortigen Arbeitervereinsung (Verein Mannheimer Wirte G. V.) unterbreitete:

„Auf Ihre werke Anfrage vom 22. Dezember erwidern wir ergebenst, daß ich mit meinen Leuten im besten Einvernehmen lebe und noch nie einen Arbeiter einen Revers unterschreiben ließ, daß er keinem Verbandszugehörigen, auch nicht vorgelegt habe. Die Ihnen gemachten Mitteilungen sind direkt unwahr. Sagen Sie bitte dem Verein, daß ich solche Behauptungen bestreite und daß derartige Redereien von Arbeitern verbreitet werden, die vor Jahren bei mir waren.“

Bei mir sei noch nie Streik gewesen; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß bei größeren Firmen mal Differenzen entstehen.

Herr König behauptete also in dem Briefe, er habe noch nie einen Arbeiter einen Revers unterschreiben lassen, und er stellt dies direkt als unwahr hin! Hat Herr König denn den 18. Oktober 1913 vergessen, wo er zu dem einen genauesten Arbeiter Schmiedford sagte:

„Wenn Sie einen Vertrag (Revers) unterschreiben, daß Sie aus dem Verband austreten und nicht wieder beitreten, so lange Sie bei uns beschäftigt sind, können Sie so fort anfangen!“

Und weiter: „Sagen Sie es auch den andern Leuten, sie sollen die Verbandsgeschichten unterwegs lassen!“

Herr König bestreitet weiter solche Behauptungen und stellt die Sache so dar, als ob sie von einem vor Jahren entlassenen Arbeiter ausgingen. Danach existiert der Verband für die Firma gar nicht! Es ist dem Gedächtnis des Herrn König auch entfallen, daß er durch seinen Vertreter, Herrn Rechtsanwalt Schmidt (Bielefeld), mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter eine Vereinbarung abgeschlossen hat, die den Arbeitern eine Lohnerschöpfung brachte. Diese Vereinbarung wurde am 3. Mai abgeschlossen. In dieser Vereinbarung steht auch:

„Die Firma verpflichtet sich, bei Wiederbedarf von Arbeitskräften diese beiden Arbeiter als erste einzustellen.“

Beide Arbeiter wurden am 1. April 1913 auf die Straße geworfen. Als sie den Verwalter fragten, warum sie entlassen wurden, sagte dieser ihnen: „Ihr wißt es ja!“ Ja, sie wußten es, und Herr König hat es am 18. Oktober 1913 bestätigt, daß sie nur wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen wurden. Nach der eigenen Aussage des Herrn König am 18. Oktober 1913 war also auch kein Arbeitsmangel vorhanden, denn er hätte doch beide Arbeiter eingestellt, wenn sie aus dem Verband ausgetreten wären. Dem Verband gegenüber wurde stets erklärt, es ist kein Bedarf von Arbeitskräften vorhanden, trotzdem am 1. Oktober 1913 neue Arbeiter eingestellt wurden und trotzdem auch von Rechtsanwalt Schmidt beim Abschluß der Vereinbarung betont wurde, der Posten betreffend die Wiedereinstellung werde loyal eingehalten. Am Schluß seines Schreibens widerpricht sich Herr König auch selbst: Am Anfang stellt er alles als unwahr hin und im Schluß gibt er in vorstichtiger Weise zu, daß bei größeren Firmen mal Differenzen entstehen! Wir überlassen es dem Urteil unserer Parteigenossen und Gewerkschaftscollegen, festzustellen, wer mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht. Das Bielefelder Gewerkschaftsartikel ist für die Firma König ebenfalls nicht. So hielt es die Firma nicht einmal für nötig, auf höfliche Anschriften in vorstehender Sache dem Gewerkschaftsartikel, der Vertretung von 18 000 Arbeitern, zu antworten. Da Herr König bis heute noch nicht die gemahregelten Arbeiter eingestellt hat, ebensowenig auch beruhigende Erklärungen bezüglich der Anerkennung des Koalitionsrechts für die bei seiner Firma beschäftigten Arbeiter abgegeben hat, geht der Kampf weiter und es ist Ehrentrotz aller Arbeiter, die bestehenden Beschlüsse (Schnapsbott) zu beachten! Parteigenossen, Gewerkschaftscollegen! Sorgt für strikte Durchführung des Boykotts!

Krise und Lohnbewegungen im Archelosengewerbe. Von der baugewerblichen Krise ist vor allem auch das Kachelofengewerbe stark in Mitleidenchaft gezogen worden. Hunderte Ofenmacher sind seit Monaten arbeitslos, Hunderte sind zu anderen Gewerben übergegangen. In den vom Baumarkt abhängigen Ofenfabriken haben ebenfalls teilweise große Entlassungen stattgefunden, fast durchgängig wird die Produktion nur unter starken Betriebsbeschränkungen aufrecht erhalten. In Weiden in der Mark, wo noch vor zehn Jahren ca. 500 Töpfer in den Ofenfabriken beschäftigt waren, werden jetzt nur noch ca. 200 Mann beschäftigt. Hier wütet die Krise besonders hart, weil der Absatz der Weidenen Ofenfabriken sich in der Hauptsache auf Groß-Berlin beschränkt und hier die Wohnungsverhältnisse schon seit Jahren geradezu trostlos sind. In Groß-Berlin, wo in den Zeiten der letzten Prosperität noch ca. 2000 Ofenmacher beschäftigt waren, stehen nur noch ca. 1400 im Gewerbe, ein großer Teil davon ist seit Monaten arbeitslos. Selbst die Arbeiter in der Bewegung nicht entziehen, sie erheben im Töpfergewerbe ihre besondere Stimme durch die Konkurrenz der verschiedenen Zentralisierungsschemen und die hohen Zölle, die den Absatz von Kachelöfen nach dem Auslande bedeutend erschweren. In solchen Zeiten sind es nun vor allem die Unternehmer im Ofenofengewerbe, die vertragen, an den allerorts abgesetzten Tarifverträgen durch Tarifänderungen zu rütteln. In Berlin hatten die Unternehmer bereits im Jahre 1912 den Lohn tarif geändert, um einen von ihnen angeführten weniger günstigen Tarif durchzusetzen. Die äußerst langwierigen Verhandlungen gelingen kein positives Resultat; schließlich beschließen die Ofenmacher, lieber tariflos zu arbeiten, während jedoch heute noch andauern. Die andauernde Lähmung auf dem Berliner Baumarkt dürfte auch in nächster Zeit in diesem durch die Unternehmer verschuldeten unrentablen Verhältnis keine Änderung bringen. In Logengebiet Dresden-Pfand hatten die Unternehmer zum 1. Januar die Tarife geändert; auch hier ist ein neues Tarifkommen noch nicht zustande gekommen, jedoch ist vereinbart worden, daß die alten Tarife solange Geltung haben, bis neue Tarife abgeschlossen sind. In Weiden ist dort die Aussicht vorhanden, daß neue Tarife auf fruchtbarer Basis durchgesetzt werden. Anders liegt es in Kottbus, Pörsch, Raudahner, Hainberg, Eschwege und Pöls. In diesen Orten haben die Unternehmer ebenfalls die Tarife geändert, sie letzten schließlich am 1. April ab. Die Arbeiter gestrittenen Verhandlungen haben noch bis für die Gehilfen annehmbares Resultat gebracht. Adressen hätte in den meisten der genannten Orte am 1. April der Streikkampf ausbrechen. Der Tarifverhandlungsdirektor eingeleitet, keine Kassen- und Organisations-

hilfen sind befriedigend, so daß die Organisation den kommenden Kämpfen wohlgeappnet gegenübersteht.

Aus Nah und Fern.

Das Bootsunglück in Köpenick hat, wie jetzt feststeht, acht Opfer gefordert. Der Kapitän und der Bootsmann sind noch immer in Haft; sie belasten sich gegenseitig.

Schülertragödie. In der Frankfurter Allee Nr. 72 zu Berlin spielte sich eine erschütternde Tragödie ab. Der 18jährige Hans Jirahn, ein Schüler des Reform-Gymnasiums, hatte die Schulpflichtung nicht bestanden und nahm sich dies so zu Herzen, daß er sich durch fünf Schüsse aus einem Revolver tötete.

Duellgegeret. Zwischen zwei jungen Leuten hat in Madrid ein Duell stattgefunden, weil beide dasselbe Mädchen liebten. Sie begaben sich in ein abgeschlossenes Zimmer und feuerten mehrere Revolvergeschosse auf einander ab, ohne sich jedoch erheblich zu verletzen. Darauf setzten sie den Kampf mit scharfen Messern fort. Als schließlich Nachbarn die Tür des Zimmers mit Gewalt erdrachen, fanden sie die beiden jungen Leute ganz erstochen und blutüberströmt auf. Kurze Zeit danach sind beide ihren Verletzungen erlegen.

Kirchliche Unbuddsamkeit. Auch der evangelische Oberkirchenrat hat, wie das Konsistorium jetzt dem heftigen Pfarrer Dr. Fuchs, der als Nachfolger Traubs von der St. Reinoldi-Gemeinde in Dortmund gewählt worden war, als „ungeeignet für den Dienst in der preussischen Landeskirche“ erklärt, weil er die Protesterklärung heftiger Geistlicher im Falle Jatho mitunterzeichnet hat. — So agitiert die Kirche gegen sich.

Zum Fall Abrecht. Aus München wird gemeldet, ein Vertreter des Abg. Abrecht habe eine halbe Million Mark Kaution für die Haftentlassung angeboten, doch habe das Landgericht Mannheim dieses Anerbieten abgelehnt. Die Rechtsanwälte Abrechts haben bei der Staatsanwaltschaft Mannheim, gestützt auf das Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Stengel eine Beschwerde gegen die Verhaftung des Abgeordneten Abrecht eingelegt. Die Beschwerde befaßt sich insbesondere damit, daß der pfälzische Abgeordnete, der zu einer Sitzung nach München fahren will, heftiges, preussisches oder badisches Gebiet betreten muß. Abrecht will, wie er durch seinen Vertreter bekannt gibt, den Rechtsanwalt v. Harber bei der Anwaltskammer zur Anzeige bringen. Außerdem gedenkt Abrecht gegen alle Zeitungen, die beleidigende Nachrichten über ihn verbreiteten, Klage zu erheben. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilt, scheint in der Pfalz die Ansicht vorzuherrschen, daß der badische Staatsanwalt Herr Abrecht nicht lobal freigegeben dürfte. Mittwoch morgen wurde Abrecht einem mehrstündigen Verhör unterworfen. Wie die „Münchener Zeitung“ erfahren haben will, sollen auch angegebene Mitglieder der Münchener Gesellschaft, darunter Reichsräte, durch verfehlte Geschäfte des Herrn Abrecht bedeuten zu Schaden gekommen sein, doch seien von den Geschädigten, um kein Aufsehen zu erregen, bis jetzt keine gerichtlichen Schritte unternommen worden. In der Pfalz soll es ebenfalls verschiedene Leute geben, die durch die Abrechtischen Unternehmungen um ihr Geld gekommen sind.

Opfer des Ordensjenseits. Die Ordenspolitik der Königlich Preussischen Ordenskommission hat wieder zwei unglückliche Geschaffen. Bei der Einweihung der königlichen Bibliothek wurden an zahlreiche mit dem Bau irgendwie in Verbindung stehende Leute Orden verliehen. In sorgfältiger Weise war genau vorgeesehen, daß jeder seinem Range gemäß seinen Piepmatz erhielt. Es wäre das Unglück nicht auszudenken, das entsetzlich könnte, wenn dem Bibliotheksdirektor etwa durch irgend ein bürokratisches Versehen das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und dem Kultusminister von Trost zu Solz das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen worden wäre. Doch das ist zum Segen für den preussischen Staat nicht passiert. Dafür aber ist der Ordenskommission ein anderes entsetzliches Unglück unterlaufen. Ein Bildhauer Feuerhahn erhielt den Kronenorden vierter Güte und ein Architekt Wassermann die Krone zum Roten Adlergleicher Garnitur. Beide haben — solz los! — sich mir den Spanier — die vierten Garnituren abgelehnt; wahrscheinlich weil sie glauben, daß sie zur Fertigstellung des Baues mindestens fünf beizutragen haben, wie der mit Großkreuz und Eichenlaub bedachte Kultusminister. Mehr Untertanensinn, Herr Feuerhahn; mehr Respekt vor der Obrigkeit, Herr Wassermann.

Ein lästiger Ausländer. Das Kasseler Volksblatt berichtet vor einiger Zeit, daß der Gutsbesitzer S. in Dörschhausen seinem Oberhauwitzer für 3 1/2 Monate Krankentassenbeiträge auf einmal abgezogen hatte und daß S. erst am Tage vor der Verhandlung den zu unrecht einschaltenden Geldbetrag herausgab. Daß die „Unbarmherzigkeit“ des Schweizers, der auf sein Recht pochte, den Herren Agrarier nicht in den Kram paßte, ist klar. Nun hat der Oberhauwitzer, der acht Jahre lang in Dörschhausen in Seltung war, die rächende Nemesis erwischt. Er hatte nämlich die Kühnheit, nicht nur dem Gutsbesitzer gegenüber Geld zu verlangen, sondern auch dem Landarbeiterversand beizutreten; da er aber Ausländer (Schweizer) ist, machte man mit diesem „Querulanten“ gegen unsere heilige Ordnung kurzen Prozeß — er wurde als — lästiger Ausländer ausgewiesen! Der Fall ist typisch! Acht Jahre lang nahm dem Mensch an seiner Ausländerzugehörigkeit Anstoß — mit dem Augenblick jedoch, wo er vergaß, daß er das Mundwerk zu halten habe, ereilte ihn das Geschick. Ja, der preussischen Gerechtigkeit entgeht niemand!

Mauswerg. In der Nähe von Lesmes überfielen zwei maskierte Räuber das Gehöft des Landwirts Bayaire, ermordeten den Besitzer durch Hammerschläge und verletzten seine Ehefrau schwer. Sie tauchten 1070 Franken.

Segen eines Erdbebens. Am Dienstag ist in Krozingen bei Freiburg in Baden ein neues Thermalbad seiner Bestimmung übergeben worden. Die Krozinger Quelle, die bei dem Erdbeben im November 1911 zutage trat, gilt nach dem Befund von Sachverständigen als wasserreichste heiße Quelle Europas. Sie liefert täglich sieben Millionen Liter Wasser.

Von Wildschweinen getötet. Ein Waldhüter in der Umgebung von Soltau (Kaußch-Polen) wurde auf seinem Rundgange von Wildschweinen angefallen, konnte sich ihrer aber erwehren und wurde schließlich von ihnen getötet.

In einem Unfall von religiösem Wahnsinn ertränkte eine Bauerin in Hühner (Schweden) ihre drei Kinder im Alter von 1/2 bis 4 Jahren und dann sich selbst in einer Fischgrube.

Durch eine schwere Explosion in einer Druckerei in Magdeburg wurden ein Lagerarbeiter und zwei Mädchen schwer verletzt.

Autounfall. In der Dietrichstraße in Warschau ließen zwei Automobile mit solcher Gewalt zusammenstoßen, daß sie gänzlich zertrümmert wurden. Eine auf dem Bürgersteig stehende Frau wurde getötet. Der Fabrikant Kolozycki und seine Tochter wurden schwer, ein Ingenieur und der Chauffeur leicht verletzt.

Bei einem Dampferzusammenstoß bei Rouen ertranken 2 Matrosen.

Eine Skandalaffäre hat sich in Graz (Stiermark) ereignet und erregt in allen Gesellschaftsklassen Oesterreichs ungeheure Aufmerksamkeit. Auf Anordnung der Grazer Staatsanwaltschaft wurde, wie die „Tagesspost“ meldet, die des Komponisten Hans Baron von Jois, geborene Schindler, in ihrer Wohnung verhaftet und dem Landgerichtsgewahrsam eingeliefert. Sie steht unter dem schweren Verdacht, sich in ihrer Wohnung eine schändliche Schandthat begangen zu haben. Der gleichen Angelegenheit wurden eine Hebamme und Dienstmädchen Elise Hirth verhaftet. Der Affäre liegt gander Sachverhalt zugrunde: Der Ehe des Freiherrn Jois war bisher eine Tochter, aber kein Stammhalter sprossen. Von einem Verwandten war nun verfügt worden, daß dem Ehepaar Jois im Falle der Geburt eines Knaben der Mehbraut von etwa 100 000 Kronen zufallen sollte. Jedoch der Stammhalter ausbleibend, kam Baronin Jois auf Gedanken, einen männlichen Sproßling zu unterstellen. Eine Hebamme, an welche sie sich wandte, erklärte sich auch bei ihr dabei behilflich zu sein. Das Dienstmädchen Elise Hirth war damit einverstanden, ihren neugeborenen Knaben Baronin Jois zu übergeben. Das Kind wurde dann als Knabe der Baronin Jois ausgegeben, am 4. Februar auf den Namen Egon Jois getauft und in die Pfrunde der Dompfarre als solches Kind des Hans Freiherrn von Jois und seiner Gemahlin eingetragen. Durch die auffallende Eile, mit der die Baronin der angebotenen Geburthilfe ihre Erbanprüche auf den Mehbraut der 100 000 Kronen geltend machte, wurde der Verdacht erweckt, daß eine Kindesunterschlebung vorliege. In der Wohnung des Barons vorgenommene Hausdurchsuchung förderte sehr belastendes Material zutage. Als die Verleumdungskommission in der Wohnung des Barons erschien, wollte Baron Jois aus dem Fenster flüchten, wurde jedoch von tektiven daran gehindert. Baron Jois wurde ebenfalls dem Landgericht eingeliefert. Die Untersuchung hat ergeben, die Baronin der Hebamme Gahler schriftlich 500 Kronen dem Dienstmädchen, der Mutter des Kindes, 1000 Kronen die Abtretung des Kindes versprochen hatte.

Orkan in Südwestrußland. Ueber Südwestrußland Dienstag ein fürchterlicher Orkan hinweggegangen, der Schnee und Regen begleitet war. Es wurden Bäume entwurzelt, und in den Dörfern wurden große Verwüstungen gerichtet. Auf dem Dnjepr bei Kiew sind zahlreiche Boote gesunken, sieben Personen sind ertrunken, vierzig wurden gerettet. Auf dem flachen Lande sind ebenfalls viele Menschen ums Leben gekommen.

Bootskatastrophe auf der Donau. Unweit der serbischen Ortshaus Kladowa hat sich am Dienstag auf der Donau ein schweres Bootsunglück ereignet, dem sechs Menschen ums Leben zum Opfer gefallen sind. Ein Boot, in dem sich Arbeiter befanden, wollte bei Kladowa die Donau überqueren, kippte jedoch infolge des hohen Wellenganges um und sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Er fand sofort eingeleiteten Rettungsaktion der in der Nähe befindlichen Dampfer und Boote konnten nur neun Personen gerettet werden. Sechs fanden den Tod in den Fluten.

Holzverkäufe.

Forstrevier Nizerau. Bezirk Schretstaken. Am Freitag, dem 27. März d. J.: 1. von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Groß in Schretstaken, aus dem Forstorten Kiepenholz und Hegelast: 30 Stück Eichen-Pfähle mit 1,90 Festmeter, 47 Raummeter Eichen-Pfähle, 10 Raummeter Eichen-Kluft und -Knüppel, 100 Raummeter Buchen-Kluft und -Knüppel, 10 Raummeter Eichen- und Buchen-Kluft und -Knüppel, 80 Haufen Eichen- und Buchen-Busch; 2. von nachmittags 3 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Gebemur in Tramm, aus dem Forstort Stubben: 80 Stück Eichen-Pfähle = 3,10 Festmeter, 125 Raummeter Buchen-Kluft und -Knüppel, 5 Raummeter Eichen-Kluft und -Knüppel, 75 Haufen Eichen- und Buchen-Busch. Die Buchholzznummern beginnen mit 2001. Fadenholzverzeichnis vom 21. d. M. ab beim Förster Brandt in Schretstaken und in den Verkaufsstellen.

Forstrevier Nizerau. Bezirk Nizerau. 1. am Montag, dem 30. März d. J., von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Scheel in Nizerau aus den Forstorten Manan, Hohenholz, Gorbeltin, Grünrade, Schmiedebusch, Steinbalken, Damm, Poggensee: 23 Raummeter Eichen-Pfähle, 2 Meter lang, 607 Stück Eichen-Pfähle, 2 Meter lang = 28,16 Festmeter, 270 Haufen Buchen- und Eichen-Busch = 359 Stück Fichten-Stangen I.-V. Klasse. Die Nummern beginnen mit 201. 2. am Dienstag, dem 31. März d. J., von vormittags 11 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Rahts in Nizerau aus den oben genannten Forstorten: 800 Raummeter Buchen-Kluft und -Knüppel, 54 Raummeter Eichen-Kluft und -Knüppel, 32 Raummeter Eichen-Knüppel. Fadenholzverzeichnis vom 25. d. M. ab beim Revierförster und in den Verkaufsstellen.

Forstrevier Israelsdorf. Bezirk Schwinkenrade. Am Montag, dem 30. März, vormittags 11 Uhr, in der Gastwirtschaft von Million in Kurau: 4 Eichen-Deckseln = 0,32 Festmeter, 280 Eichen-Pfähle, 2 Meter lang, 24 Raummeter Eichen-Kluft und Knüppel, 6 1/2 Raummeter Buchen-Knuffloren, 1 Meter lang, 7 Raummeter Buchen-Knuffloren, 1 Meter lang, 470 Raummeter Buchen-Kluft und -Knüppel, 5 Raummeter Weichholz-Knüppel, 95 Haufen Eichen-, Buchen- und Weichholz-Busch. Das Brennholz beginnt mit Nr. 155. Das Eichenpfahlholz beginnt mit Nr. 921. Holzverzeichnis vom 18. März an auf der Stadtkasse, im Verkaufsstelle und beim Revierförster in Schwinkenrade.

Eichen- und Kahlholzverkauf am Mittwoch, dem 8. April ds. J., von vormittags 9 1/2 Uhr ab im Restaurant von Schaper in Mülln i. Bg. Forstrevier Nizerau. Schutzbezirk Nizerau, Schretstaken und Behlendorf. 26 Stück Eichen über 60 cm = 70,61 fm, 38 Stück Eichen von 50 bis 59 cm = 55,45 fm, 98 Stück Eichen von 40—49 cm = 99, — fm, 357 Stück Eichen von 30—39 cm = 183,57 fm, 300 Stück Eichen von 20—29 cm = 89,12 fm. Die Eichen sind ohne Rinde gemessen. Spezielle Verzeichnisse sind vom 28. März ds. J. ab auf der Revierförsterei Nizerau bei Nizerau im Lübschen und auf der Stadtkasse in Lübeck zu erhalten.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.			
Lübeck, 25. März 1914.			
	gering	mittel	gut
	Mk.	Mk.	Mk.
Weizen	—	17,50—18,20	18,30—18,80
Roggen	—	14,80—14,80	15,00—15,20
Gerste, nach Qualität	—	14,50—15,50	—
Safer, nach Qualität 13,00—14,50	—	15,00—15,50	15,00—16,00
hochste über Notiz, per 100 kg.			

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.